

# Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 212 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Donnerstag, 13. Sept. 1934

Chefredakteur: M. Braun

Naziputsch gegen christliche Gewerkschaften an der Saar

Seite 3

Die Schlächtereier von Rieseberg

Seite 4

Unparteiischer

Nürnberg Festbericht

Seite 7

Illegale Arbeit

der Sozialdemokratie

Seite 8

## Räuberbande - Reichspräsident

### Die „deutsche Front“ verlangt Knebelung der Pressefreiheit im Saargebiet

Die „Saarbrücker Zeitung“ richtet folgende Anfrage an die Regierungskommission:

In einer redaktionellen Vorbemerkung zu einem Artikel „Faschismus und Nazismus“, der in Nr. 11 vom 12. September der „Deutschen Freiheit“ erschienen ist, findet sich der Satz: „Ein Staatsoberhaupt von normaler geistiger und moralischer Beschaffenheit hätte niemals den Staat einer Räuberbande ausgeliefert, wie es Hindenburg unter Bruch seiner Treupflicht und seines Eides getan hat.“ Wir fragen:

1. Ist die Regierungskommission der Ansicht, daß diese ungeheuerliche Beschimpfung des toten Reichspräsidenten allein dem Urteil des Anhandes und der öffentlichen Meinung unterliegt? Oder liegt hier mit Rücksicht darauf, daß die deutsche Bevölkerung des Saargebietes diese Gemeinheit gegenüber dem verstorbenen Reichspräsidenten als eine unverkämte Herausforderung betrachten muß, nicht auch eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit vor?

2. Was gedenkt die Regierungskommission zu tun gegenüber der Tatsache, daß in dem oben angeführten Satz der Führer und Reichskanzler, das jetzige Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches, als einer Räuberbande angehört bezeichnet wird?

Wir stellen dazu fest:

Die Tatsache, daß der verstorbene Reichspräsident v. Hindenburg den deutschen Staat einer „Räuberbande“ ausgeliefert hat, wird durch den Herrn Reichskanzler Hitler selbst bewiesen. Er hat am 20. Juni und in den Tagen vorher bis in seine Reichstagsrede vom 13. Juli die Führer der SA und der SS, darunter einen aktiven Reichsminister, mehrere aktive Polizeipräsidenten und höchste sonstige Würdenträger der regierenden NSDAP, bezeichnet als: Sittlichkeitsverbrecher, Rauberschänder, Fälscher, Säufler, Weineidige, Spitzhaken, Dekadanten, Volksbeträger, Freßer und Schlemmer, krankhafte Lügner, Verschworene Cliquen, Postenjäger, Feindsinger, Pathologische Ehrgeizlinge, Landesverräter, Expreßer, Terroristen, Mörder.

Ist das nun eine Räuberbande oder nicht? Wir fordern Antwort von der gleichgeschalteten Presse des Saargebietes! Wir haben nie gesehen, daß sie ein Verbot der entsprechenden Rundfunkreden des Reichskanzlers gefordert hätte.

Der Reichskanzler hat in allzu später Erkenntnis nur bestätigt, was die „Deutsche Freiheit“ vorher schon in über 300 Ausgaben tausendfach bewiesen hatte: die Verraubung und Schändung des Deutschen Reichs und ungezählter Bürger und Bürgerinnen durch reagierende Banditen.

Verletzung der Treue gegenüber seinen Wählern und

der Eidespflicht gegenüber der Reichsverfassung ist dem Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg schon vor Jahren durch den jetzigen Herrn Reichsminister Dr. Goebbels vorgeworfen worden.

Wir sind bereit, vor jedem Gericht unter Beweis zu stellen, daß Herr von Hindenburg die Treue gedrohen hat gegenüber Millionen Marxisten und Katholiken, die ihm im Vertrauen auf seine Verfassungstreue im Jahre 1925 zum Reichspräsidenten gewählt haben — gegen Herrn Hitler und nicht für Herrn Hitler.

Wir sind bereit, vor jedem Gericht nachzuweisen, daß die gesamte Gesetzgebung und Exekutive der Diktatur Hitler auf schwerster Verletzung der Verfassung beruht, die der verstorbene Herr Reichspräsident und der jetzige Reichskanzler und „Führer“ beschworen haben.

In vielen tausenden Zeitungen aller Zungen, in den Parlamenten großer Länder ist von deren angesehensten Mitgliedern dieselbe historische Feststellung gemacht worden. Und uns im Saargebiet soll das verboten werden?

Oder ist etwa die Stelle von der geistigen und moralischen Beschaffenheit eine „unverkämte Herausforderung“?

Nun, man darf wohl bezweifeln, ob ein uralter Herr von 86 Jahren noch die geistigen Fähigkeiten hat, in Stürmen ein zerrissenes und verheftetes Volk zu führen. Niemand anders als der jetzige Herr Reichskanzler selbst hat das ausgesprochen, als er in einer seiner rohen Reden den alten Herrn im Frühjahr 1932 verhöhnte, er werde länger leben als der Greis!

Und die Moral? Der Zusammenhang beweist, daß von politischer Moral gesprochen wird. Ist die gleichgeschaltete Presse des Saargebietes bereit, mit und über die moralischen Zusammenhänge zwischen der mit einer Steuer-schlebung verbundenen Schenkung eines Rittergutes an den Sohn des Reichspräsidenten von Hindenburg, dem Döhlseffandal mit großen Subventionen an Freunde der Familie Hindenburg und dem Sturze des Reichskanzlers Schleicher, den jetzt auf Befehl Hitlers ermordeten Vorgänger Hitlers, in eine Diskussion einzutreten?

Wir warten auf Antwort!

Es ist kindisch, die Kritik und das Urteil der Geschichte durch Pressenknebelung aufhalten zu wollen.

Den Zeitungen der „deutschen Front“ aber sagen wir dies: sie richten nur deshalb klägliche Hilferufe an ausländische Regierungsmänner im Saargebiet, weil es ihnen unmöglich ist, uns zu widerlegen.

## Ein Stück aus dem deutschen Tollhause

### Michel, der Hund Streichers, als Schaustück bei einem Begräbnis

Nürnberg, 12. Sept. In den Tagen, als hier die Massenrevue des nationalsozialistischen Parteitagess in Szene ging, hat sich auf dem Nürnberger Westfriedhof eine Episode abgespielt, deren Ablauf wir hier ohne die geringste Ausschmückung nachzählen müssen, weil sie in der Reihe der braunen Tollheute bisher ganz ohne Beispiel ist.

Der Gauleiter Julius Streicher hatte einen Chauffeur namens Hans Kleinlein. Dieser Mann schied in diesen Tagen freiwillig aus dem Leben. Ueber die Umstände weiß man nichts Genaues. Es soll nach der Todesanzeige Julius Streichers „Viltsch- und Ehrgefühl“ gewesen sein, die den Selbstmord veranlaßten.

Kleinlein wurde am Samstag unter einem ungeheuren Aufgebot an brauner Bonzo-Kräfte, SS- und SA-Leuten und vielem Volk zu Grabe getragen. Mit tränenerstickter und vielmaliger Stimme sprach Streicher zur Trauerverammlung. Er, so sagte er, habe lange suchen müssen, bis er unter tausend den Einen gefunden habe, von dem er habe sagen können, er sei treu. Kleinlein haben sein Leben für ihn, Streicher, eingeliefert, bereit in der Gefahr, für ihn zu sterben. Nun aber habe er ihn hergeben müssen. Vor Mitternacht konnte Streicher kaum weiter sprechen.

„Fort mit der Frau!“

Gleich darauf ermannte sich der Frankensführer. Kleinlein habe es gemacht wie ein Soldat, zuerst seine Waffe geprüft und sich dann den „Abschuß“ gegeben. Wer aber sei schuld gewesen? Vor der Trauerverammlung klagte er die Frau des Selbstmörders mit diesen Worten an:

„Die Schuld ist bei diesem Weib, das es fertig brachte, ohne Träne mit der Frage nach Geld den Augenblick des Todes zu entweichen. Ich habe dieser Frau den Befehl erteilt, nicht mit ans Grab zu kommen.“ Ohne mit der Wimper zu zucken, hörten sich die braunen Honoratioren diese Beschimpfung einer Abwesenden am offenen Grabe an. Das Kind Kleinlein stand vorn bei den Großeltern, als der Frankensführer seine Mutter der allgemeinen Betrachtung preisgab.

Michel der Hund

Nun aber kam der Clou dieser Beisehung. Ein weißer Box wurde aus dem Grab herangeführt. Es war der Hund des Frankensführers, den zu pflegen, zu füttern und zu betreuen zu den Obliegenheiten des SA-Truppführers Hans Kleinlein gehört hatte. Alles reichte die Hölle, als Julius Streicher, der am gleichen Vormittag neben seinem Führer auf dem Parteitage repräsentiert hatte, mit halblauter Stimme über die vielhundertköpfige Versammlung schrie:

„Wenn Ritter und Ketter starben, dann führte man ihr Pferd mit an das Grab. Jawohl, Ihr Männer und Frauen, einen Hund haben wir mit an das Grab gebracht. Mein Hund hatte seine ganze Liebe, und der Hund gab ihm zurück, was die warme Seele dieses hingeschledenen Mannes diesem Tiere zuteil werden ließ. Noch am Abend vor seinem Tode kaufte er ihm von seinem Gelde das Geschirz, das der Hund hier

Fortsetzung Seite 2, Seite.

## Fünf Monate Urlaub für Papen?

Kommt er jemals nach Wien?

Wien, 11. Sept. Hier herrscht vollkommene Unklarheit darüber, wenn und ob Herr v. Papen hier als deutscher Gesandter antauchen wird. Sicher ist bisher nur, daß er noch einen langen Urlaub beantragt und erhalten hat: man spricht von fünf Monaten, die er auf seinem Schloß in Wallerfangen zu verbringen gedenkt. Unter dem Schutz der fremden Regierung fühlt er sich leidlich sicher. Das Resultat seiner Ernennung ist also bis zur Stunde nichts anderes als seine endgültige Abfassung als Bizekanzler. Herr v. Papen ist robust genug, um jede Demütigung ertragen zu können.

## Die schweigenden Bischöfe

Das Geheimnis des unterdrückten Hirtenschreibens

Es ist ein sehr schmales Heft, das vor uns liegt: es umfaßt nur 24 Seiten. Aber die Erfahrung hat gelehrt, daß die Anzahl der Druckbogen für die Bedeutung einer politischen und weltanschaulichen Anklageschrift nicht entscheidend ist. Wer künftig etwas wissen will von der Problematik des Katholizismus im „dritten Reich“, seinen Sorgen, seinen Unterlassungen und seinen Krisen, der wird an diesen 24 Seiten niemals vorübergehen können. Auf dem Umschlag steht, neben einem Kreuze: „St. Ambrosius und die deutschen Bischöfe.“ Der Autor nennt sich August Kirschmann, sein Verlag Liga-Verlag Luzern.

Kirschmann ist, jede Zeile verrät es, ein Katholik, der mitten in der Kirche steht. Er kann sich mit ihrer mächtigen Universalität, die mit Jahrhunderten rechnet und weite Räume in der Welt betreten will, nicht beruhigen, seitdem im Herzen Europas die braune Diktatur Mensch quält und mordet. Es ist endlich ein Katholik da, dem es nicht entscheidend um die formale Anerkennung der Kirche geht; dessen Mut sich nicht erschöpft in Anklagen gegen die braune Areligiosität und das Neuhelidentum. Er geht hinunter zu den Fundamenten, wo Religion nicht mehr Form und Dogma ist, sondern sich im Leben in der Verantwortung vor den „Geschöpfen Gottes“ bestätigen muß, wenn sie noch einen Sinn und einen Anspruch haben will in der Gestaltung der Zeit.

Es gab einmal, so beginnt Kirschmann, in der Zeit der Untergangsperiode des Kaiserreiches einen Bischof, der dem Kaiser seiner Zeit ein Donnerwort entgegenzuschleuderte, weil er das göttliche und das stitliche Recht verlegte: durch einen furchtbaren Nordbefehl. Der Kaiser war Theodosius, der Bischof hieß Ambrosius. Man schrieb das Jahr 390, und der mächtige Kaiser tat Buße. Viele Jahrhunderte später, am 30. Juni 1934, wurden auf Befehl Adolf Hitlers ohne Widerstand und ohne Gericht eine bisher unbekannte Zahl von Menschen getötet. Zu den Opfern gehörten auch Katholiken, die den Kirchengelobten zuwider verbrannt wurden.

Aber die deutschen Bischöfe haben zu diesen Ereignissen geschwiegen. Sie haben nicht gewagt, das kommandierte Schweigen der Presse zu durchbrechen. Es sind die bekannten Tatsachen. Aber Kirschmann kann ihnen einige neue hinzufügen, die bisher nicht veröffentlicht wurden. Der frühere „Germania“-Redakteur Hagemann hat, so erfahren wir, in einem Rundschreiben an die Schriftleiter früher katholischer Zeitungen erklärt, die Bischöfe seien der Ansicht, daß es sich im Falle Klausener um eine „politische Angelegenheit“ handle und daß sie sich daher „heraushalten“ würden. In dem gleichen Briefe wird die Ermordung des Herrn von Bose, des Mitarbeiters Papens, als ein „unprogrammatischer Zwischenfall“ bezeichnet. Was tat Bischof Bares vor den Mischenresten Klauseners? Er begnügte sich mit dem „Mißverständnis“ und sprach von „Tragik“.

Kirschmann sieht in diesem Schweigen und Tolerieren eine „furchtbare Vertrauenskrise“. Wie haben die Gläubigen auf ein Wort der Autorität ge-

partei! Denn jetzt war eine Entscheidung notwendig. Jetzt kam es nicht darauf an, die katholische Jugendbewegung zu sichern, ganz allgemein das Neuhelidentum zu verdammen oder gegen die Sterilisierung das ethische Gebot der Kirche zu setzen. Dieses Schweigen der Bischöfe, das ist der entscheidende Satz der Broschüre, war vielleicht noch fürchtbarer als alles andere, was am 30. Juni geschehen ist. Denn es hat die letzte moralische Autorität zerstört, die es in Deutschland noch gab. Es hat in den Gläubigen den Glauben an ihre Kirchenfürsten in ihrem Widerstande gegen die braune Uebermacht tief erschüttert. Die Gläubigen fragen, „wie können die deutschen Nachfolger des heiligen Ambrosius heute schweigen, da die Tötung von Menschen aus machtpolitischen Zweckmäßigkeitsbetrachtungen heraus als eine letzte Festigung der staatlichen Ordnung von den Trägern der weltlichen Gewalt unter dem brausenden Beifall Abhängiger gefeiert wird?“

Zimmer noch hat der katholische Kirschmann die Hoffnung, daß die Bischöfe bald ihre Stimme erheben würden. Haben sie sich nicht damals öffentlich gegen die Einziehung der Fürstenermächtigten gewandt? Ist nicht alle weltliche Gewalt an eine „ewige Ordnung“ gebunden? Der Verfasser gibt eine Erklärung für die Haltung der geistlichen Oberhirten, die alles enthält, was zur Krise des deutschen Katholizismus aus dem eigenen Lager überhaupt gesagt werden kann. Er erblickt sie in der falschen Deutung des Konkordats und in der noch falscheren und gefährlicheren „Taktik“.

Das Konkordat kann niemals die Fragen nach den moralischen Grundlagen der Gesellschaft aufheben. Auch wenn der Staat sich an den Buchstaben hält, kann es zu einer Fessel für die Kirche werden. Dann nämlich, wenn jedes grundsätzliche Eingreifen der Kirche für die Wahrung der gesellschaftlich-moralischen Grundlagen nur in dem Maße möglich ist, daß „es dem jeweiligen Machtinteresse der obersten Staatsführung entspricht“. Wie ist es in Hitler-Deutschland? Die braune Diktatur entscheidet, was „politisch“ ist; wo die Kirche mitreden darf und wo nicht. Damit wird der Spielraum der Kirche in der Öffentlichkeit vom Staate bestimmt, und die Gläubigen sehen sich von ihr in ihren Räten und Fragen im Stich gelassen.

Haarscharf kennzeichnet damit Kirschmann die Situation des deutschen Katholizismus. Die Stunde ist da, wo „Taktik“ nichts mehr retten kann. Wenn man über Einzelfälle nicht reden darf, wenn man mitarbeiten, es mit den Machthabern nicht verderben will — dann droht die Gesamtkatastrophe, und man wird das Opfer der eigenen Rücksichtnahme. Dabei erfahren wir von Kirschmann das Schicksal des jüngsten Hirtenbriefes der Fuldaer Bischofskonferenz. Die „Deutsche Freiheit“ hat ihn seiner Zeit veröffentlicht, sehr zum Mißfallen des Trierer Bischofs. Die Gestapo hatte ihn auf einem Ordinariat gefunden. Daraufhin wurde seine Publikation von hoher Stelle als „Konfliktsfall“ bezeichnet, und die Bischöfe verzichteten auf die grundlegenden Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus, auf die Millionen gläubiger Katholiken mit schmerzlicher Spannung erwartet hatten. Immer wieder Taktik! „Sie wird solange getrieben, bis sie ihre eigenen Grundlagen ausgezehrt hat und die Widerstandskraft des Volkes zermüdet, das Vertrauen verspielt ist.“

Wie man sieht: Kirschmanns Appell ist an die deutschen Bischöfe gerichtet. Merkwürdigerweise überieht er, daß die fürchtbare Verantwortung nicht bei ihnen allein ruht. Der Oberhirt der Oberhirten ist der Papst. Wenn er will, kann er einige der zögernden Bischöfe zum gewaltigen Siege des Katholizismus zu jener Märtyrertolle drängen, von der einige von ihnen gesprochen haben. Aber auch der Papst schweigt. Er hat durch sein offizielles Organ zwar Einspruch gegen die Ermordung Klauseners und Propsts erhoben. Aber die große Anklage, der Ruf an das Weltgewissen wider das „dritte Reich“: bis zur Stunde sind sie nicht da.

Rom hat nicht gesprochen, die Sache ist nicht erledigt. Millionen von Katholiken fragen und warten. Mehr noch: sie zweifeln und verweigern, ob die Gesetze sittlicher Weltordnung, an die sie glauben, bei ihrer Kirche noch in guter Obhut sind.

## „Eine Stimme, die es wagt . . .“

Sätze aus der Schrift  
des Katholiken August Kirschmann

„Die Krise vom 30. Juni ist nicht nur ein politischer Zwischenfall, sondern ein moralisches und damit auch religiöses Ereignis. Das Volk ahnt es und weicht es. Aber es kann nicht sein Ähnen und Wissen ausdrücken. Sehnsüchtig wartet es auf eine Stimme, die ruhig und fest die einfache Wahrheit schonungslos, aber unpolitisch sagt. Eine Stimme, die sagt, daß Wort Wort bleibt, und daß der Eiaht nicht alles darf, was er kann.“

Eine Stimme, die daran erinnert, daß das Bekenntnis zum positiven Christentum, wenn es ernst gemeint ist, nicht nur propagandistischen Zielen und der Rechtfertigung der bestehenden Ordnung dienen darf, sondern Verpflichtungen und Bindungen auferlegt.

Eine Stimme, die es wagt, den Mann, der läßt genau ist, sich als den höchsten Gerichtshof der Nation zu bezeichnen, genau so für das verlorene Blut zur Rechenhaftigkeit zu ziehen, wie der heilige Ambrosius Theodosius den Großen.

Es gibt eine Zeit, in der die noch so kluge Taktik zur Katastrophe und die scheinbar noch so weise Vorsicht zur Selbstvernichtung wird. Der 30. Juni bedeutet die öffentliche Anmeldung des Anspruchs darauf, daß alle Moral die tatsächliche Macht zu rechtfertigen hat.

Wer die Möglichkeit hat, einen Erziehungsbefehl durchzuführen, hat Recht!

Wenn eine Autorität, die Kraft ihrer Sendung und Geschichte noch sprechen kann, zu den Vorgängen vom 30. Juni schweigt, so darf sie sich nicht wundern, daß ihr äußeres Schicksal vom 30. Juni trotz aller taktischen innern

# Ein Stück aus dem deutschen Tollhause

Fortsetzung von Seite 1

am Grabe an seinem Leibe trägt. Und vor Dankbarkeit und Irene sprang das Tier an ihm empor, lächelte ihn und wollte ihn nicht lassen. Es war, als hätte der Hund in diesem Augenblick geahnt, daß der Abschied schon so nahe stünde. Der Hund, der hier mit an das Grab gekommen ist, hat dem Manne die Irene gehalten, die ihm Menschen versagten. Das Tier weiß genau, was an diesem Grabe vorgeht. Hier liegt er am Grabeshügel und scharrt im Sande und sucht seinen toten Freund.“

Also Julius Streicher. Alles drängte sich ans Grab heran, jeder wollte „Michel“, Streichers Hund, mit eigenen Augen sehen, wie er mit den Vorderfüßen am Grabe scharrte und hören, wie er jaulte. Mehrere Fotografen bereiteten die Szene im Bilde fest. In der Breite zweier Spalten ist es in der Sonntagsummer der „Fränkischen Tageszeitung“ veröffentlicht. Auf seinen Hund weisend, widmete Streicher der abwesenden Frau noch ein paar drohende Worte: „Wenn die Frau, die an diesem Grab die Schuld geworden ist, sich erlösen will, dann müßte sie eines Tages den Weg zu diesem Grabeshügel finden und herabrufen: „Hans Kleinlein, reich mir die Hand zum Verzeihen!“

## Und jetzt: der Reichsbischof!

Julius Streicher hatte jedoch noch weitere Sensationen für seine dankbaren Hörer. Der Reichsbischof habe ihn gefragt, ob sich wohl ein Priester finden würde, der bereit wäre, diesem Selbstmörder den kirchlichen Segen zu geben. Sollte ein solcher Priester nicht gefunden werden, so würde er, der Reichsbischof, bereit sein, es zu tun. Streicher fügte hinzu: „Wer je in das adlige Gesicht, wie je in die blauen Augen dieses Priesters schaute, der weiß, daß einem solchen Mann Priesteramt kein Geschäft, sondern Pflicht eines wahrhaft christlichen Herzens ist.“ Der Herr Reichsbischof brandete den kirchlichen Segen nicht zu spenden. Die Mitwelt kam dadurch um die Freude, den Führer der evangelischen Reichskirche neben Michel, dem trauernden Hunde, seinen christlichen Spruch sagen zu hören.

# Die Einladung an Moskau

Einige Formfragen werden noch erledigt

Genf, den 11. September 1934.

Die russische Frage bildete das Hauptthema der Genfer Beratungen. Sie drehte sich um das Verfahren, das für den Eintritt Rußlands in den Völkerbund angewendet werden soll. Nach anem Hin und Her ist man doch wieder auf den ursprünglichen Plan der Abendung eines Einladungsakteatoms, das von zahlreichen Mitgliedstaaten unterzeichnet werden soll, zurückgekommen. Dieses Komitee hat nicht nur eine neue Einladungsformel, sondern auch den Entwurf einer Antwort ausgearbeitet, die man von Rußland auf das Einladungsschreiben erwartet. In dieser Antwort soll Rußland zum voraus die Versicherung abgeben, daß es den internationalen Verpflichtungen, wie das der Völkerbundspakt vorschreibt, nachkommen will. Auf diese Weise will man vermeiden, daß gewisse Staaten im Laufe der Debatte despezifische Fragen an die russische Delegation stellen. Es hängt jetzt von Rußland ab, ob es diese Antwortformel unterschreibt oder ob es eine Aenderung des Textes verlangt. In den späten Abendstunden war die Stellungnahme Rußlands noch nicht bekannt.

## Spaniens Wiedermahl

Der spanische Delegierte de Madariaga hat heute an den Präsidenten der Völkerbundversammlung einen Brief gerichtet, in dem er im Namen seiner Regierung den Wunsch ausdrückt, daß die Versammlung vor der Neuwahl der händigen Nationaldeputierten Spanien als wieder wählbar anerkennt, damit es weiter im Völkerbundrat vertreten sein kann.

Die für Dienstag nachmittags anberaumte Vollversammlung des Völkerbundes, in der die Aussprache über den Tätigkeitsbericht des Generalsekretärs für das vergangene Jahr beantragen sollte, mußte vertagt werden, da sich, wie im vorigen Jahr, kein Redner anmeldet hatte. Im Laufe des Tages

Proteste mitbestimmt werden wird. Eine geistliche Autorität hat zwar keine Exekutionskommandos mit Panzerwagen und Maschinengewehren. Aber sie hat ihr unzerstörbares Recht in der Unbedingtheit ihrer Begründung.

Der Papst ist der Stellvertreter Jesu Christi. Die Bischöfe sind die Nachfolger der Apostel. Die Grundlage ihres Amtes ist nicht ein irdisches Machtstreben. „Mein Reich ist nicht von dieser Welt.“ Gerade dieses Wort Jesu Christi zwingt sie, Stellung zu nehmen, wenn die Welt vergißt, daß nicht sie das Reich Gottes ist und daß es keinen Menschen gibt, der es wagen darf, alle Entscheidungen über Recht und Unrecht und über Leben und Tod auf die angebliche Aboluthet seiner politischen Sendung zu gründen.“

## Württembergische Landeskirche vergewaltigt

### Der Herr Kommissar nach berühmten Mustern

Neben der Baurischen, hat sich bisher auch die Württembergische Landeskirche der Diktatur des Reichsbischofs nicht erlegt und die Beschlüsse der Nationalsynode nicht anerkannt.

Jetzt folgt die Strafe auf dem Fuße. Amlich wird aus Stuttgart berichtet:

Der Reichswalter der Deutschen Evangelischen Kirche, Ministerialdirektor Jaeger, hat aus besonderem Anlaß eine Ueberprüfung der Verwaltungsverhältnisse der Württembergischen Landeskirche vorgenommen. Es handelte sich besonders um Klärung finanzieller Vorgänge und zwar von Ueberweisung hoher Summen auf Stellen außerhalb der Landeskirche. So daß diese Verträge hierdurch der Verfallungsbedingung der Landeskirche entzogen waren. Die vorläufige Untersuchung ergab die Notwendigkeit, einen Kommissar einzusetzen, der unter Beschränkung seiner Aufgabe auf das Verwaltungsgebiet den Auftrag erhalten hat, eine vollständige Klärung des in Frage stehenden Sachverhaltes herbeizuführen und den Lauf der Verwaltung zu beaufsichtigen. Zum Kommissar ernannte der Reichswalter den Konsistorialpräsidenten Walter von der Verwaltung der Deutschen Evan-

Streicher beschloß seine Rede: „Lieber Hans Kleinlein! Aus den Ewigkeiten schauft du nun auf uns hinab. Sieghell!“ Nach ihm sprach der Gauleiter und Minister Bagener, der Nürnberger Oberbürgermeister Diebel und endlich der Gruppenführer von Obernitz wörtlich: „Nicht Erde, nicht Blumen werfe ich Dir nach in Dein Grab. Du bekommst den Dolch, den ich getragen habe, als Gruß von der gesamten fränkischen Volk.“ Bei diesen Worten lächelte der Gruppenführer den Dolch von seinem Doppel und warf ihn dem Toten in das Grab. Es war ein Augenblick höchster Ergriffenheit für alle.“

Damit waren die Beisetzungsfeierlichkeiten zu Ehren des Chauffeurs von Julius Streicher zu Ende. Hinter den braunen Prominenz sah man den Hund „Michel“, den eine Ordonnanz vom Grabe gezerrt hatte. Wer uns nicht glaubt und uns im Verdacht hat, daß wir ein deutsches Greuelmärchen erzählen, um hohe Amtswalter des „dritten Reiches“ in der Öffentlichkeit der Welt herabzusetzen, den bitten wir, sich die Nummer der „Fränkischen Tageszeitung“ vom Sonntag, dem 9. September, zu besellen. Unter der Ueberschrift: „Wir haben einen Großen zu Grabe getragen“ findet er auf zwei Spalten, mit fünf Bildern geschmückt, den Hergang dieser Beisetzungsfeierlichkeiten noch viel eingehender und anschaulicher, als wir ihn wiederzugeben vermochten.

Vielleicht gibt es auch einige Leser, die diese Nürnberger Geschichte nicht für sehr wichtig halten. Wir sind anderer Meinung. Mehr noch als in den großen Prunkparaden und den Führereden offenbart sich in solchen Episoden, was die Herren des „dritten Reiches“ mit dem deutschen Volke ungestraft anstellen dürfen. Der künftige Geschichtsschreiber, der den Irstanzzustand eines Volkes, sein Verberhtsein und seine Besessenheit in den Ablauf dieser Jahre hineinstellen will, wird die Geschichte von „Michel“, dem Hunde des Führersführers, am offenen Grabe seines Dieners nicht vergessen dürfen.

Es ist eine Hundegeschichte, deren symbolische Bedeutung auf der Hand liegt.

fanden nur Kommissionssitzungen statt. Der ungarische Gesandte in Bern und Hauptdelegierte beim Völkerbund Tahi hat im Laufe einer kleinen Freier dem Völkerbundsekretär eine Marmorbüste des Präsidenten der Adria-Konferenz Denderon überreicht, die von dem ungarischen Bildhauer Kiskalud Strode geschaffen worden ist. Denderon erklärte in seiner Ansprache, seine Bemühungen um den Abschluß eines Nützungsabkommens fortsetzen zu wollen. So lange noch die geringste Hoffnung auf einen Erfolg bestehe.

## Die Einladung ist fertig Bündnis Frankreichs mit Rußland?

London, 12. Sept. „Times“ meldet aus Genf, der Wortlaut der Einladung an Sowjetrußland sei jetzt fertig. Der Brief zitiere den Anfang von Artikel 1 der Völkerbundsatzung, nicht aber den Schluß, wo es heißt, daß der betreffende Staat, der zugelassen wird, Garantien für eine aufrichtige Absicht gibt, seine internationalen Verpflichtungen zu beobachten. „Daily Express“ berichtet aus Genf, am Dienstagabend sei in französischen diplomatischen Kreisen von der Möglichkeit eines Verteidigungsbündnisses zwischen Frankreich und Sowjetrußland die Rede gewesen. Die feindselige Haltung Polens gegenüber dem Ostpakt habe dazu geführt, daß Frankreich die Hoffnung verloren habe, auf diesem Wege die Einkreisung Deutschlands zu erreichen. Es scheint kein anderer Ausweg zu bleiben, als die Wiederbelebung des Vorkriegsbündnisses mit Rußland.

gellischen Kirche in Berlin. Die Öffentlichkeit wird über das Ergebnis der Untersuchung weiter unterrichtet werden.“

Dem widerspenstigen Landesbischof und seinen Freunden in der Landeskirche soll also ein Korruptionsverfahren angehängt werden. Das ist einfach und bemüht und macht den Vergewaltigungsakt sozusagen zum öffentlichen Reinigungswerk. Die Stätten der „evangelischen Freiheit“ werden nicht anders behandelt als die Gewerkschaften.

## Masaryk

### Ein Bulletin der Aerzte

Prag, 12. Sept. Das hohe Alter des Präsidenten Masaryk hat seit einiger Zeit Beschränkungen wegen seines Gesundheitszustandes gewährt. Jetzt liegt ein Bulletin seiner Aerzte vor, in dem mitgeteilt wird, daß Präsident Masaryk im Mai dieses Jahres von einer Erkrankung betroffen wurde, deren Ursache funktionelle, dem hohen Alter des Präsidenten entsprechende Veränderungen der in der Nebenhöhle endigenden Arterien sind. Während sich das Schwerkraft allmählich wieder besserte, zeigte sich aus ähnlichen Gründen eine Beschränkung der Bewegungsfreiheit der Finger der rechten Hand. Das Kommuniqué stellt schließlich fest, daß lebensgefährliche Krankheitsveränderungen nicht aufgetreten sind. Auch die Fähigkeit des Intellekts hätte nicht gelitten. Das körperliche Befinden und das Aussehen seien gut, ebenso Schlaf und Appetit. Der Präsident mache täglich ein- oder zweimal Ausfahrten in den Wald, von denen er erfreut zurückkehrt.

Im Zusammenhang mit den Rüstungsüberhebungen beschäftigt „New York Herald Tribune“, daß die kalifornische Flugzeugfabrik Northrop Co. in vielen Tagen 22 Bombenflugzeuge neueren Typs für China fertig gestellt habe. Die Flugzeuge, die eine Stundengeschwindigkeit von fast 400 Kilometer entwickelten, seien imstande, mit einer Bombenlast von 500 Kilogramm von Schanghai nach Tokio zu fliegen und ohne Brennstoffergänzung an ihren Ausgangspunkt zurückzukehren.

# Fälscher!

In unserer Ausgabe vom 8. September haben wir den Artikel „Der Reichsbankrott und die Saar“ gebracht, in welchem wir uns mit der bekannten französischen Denkschrift über die Zukunft des Saargebietes beschäftigt haben. Unsere Ausführungen gipfelten in dem Gedanken, daß das bankrotte „dritte Reich“ nicht in der Lage sein wird, den französischen Forderungen nachzukommen. Es werde weder imstande sein, die Kohlengruben des Saargebietes in Gold zurückzukaufen, noch den privaten Auslands-Schuldforderungen Rechnung zu tragen.

Diese unumstößliche Feststellung, die im übrigen auch von der „Kölnischen Zeitung“, wie wir ebenfalls berichtet haben, bestätigt wurde, ist der gleichgeschalteten Presse im Saargebiet recht unangenehm. Ihr ist unsere Feststellung außerordentlich peinlich, und sie versucht deshalb, unsere Behauptungen als lächerlich und unwahr hinzustellen, indem sie zu einer offensichtlichen Fälschung greift.

Das Organ der „deutschen Front“ die „Saarbrücker Zeitung“ schreibt in einem Artikel vom 11. September unter Bezugnahme auf unsere Ausführungen folgendes:

„Das Neueste in der Grubenfrage ist — und da wird der Bergmann an der Saar, der jetzt wahrhaftig nichts zu lachen hat — sich mächtig amüsieren — das Neueste ist: die Gruben sollen 800 Millionen Goldmark wert sein. So behaupten die Herren Antifaschisten. Sie glauben es natürlich selbst nicht... Aber die Zahl ist ja auch nur auf Bluff berechnet. Es soll nämlich demonstriert werden, daß das armeisige Deutschland mit seinen leeren Devisenfassen und seiner lumpigen Mark diese Riesensumme ja gar nicht zahlen könne — und deshalb das Saargebiet auch gar nicht an Deutschland zurückgegeben werden könne.“

Was haben wir in Wirklichkeit geschrieben? Wir wollen wiederholen:

„Zunächst einmal sei daran erinnert, daß der Wert der Gruben auf 300 Millionen Goldmark, das heißt auf etwa 1 Milliarde 800 Millionen französische Franken geschätzt wird. Ferner werden die französischen Kapitalisten, die seiner Zeit in den großen saarländischen Unternehmungen investiert wurden, unter Hinzuziehung aller französischen Besitztungen im Saargebiet auf über 300 Millionen Goldfranken, also auf ebenfalls 1 Milliarde 800 Millionen Franken beziffert. Aus der französischen Denkschrift geht klar hervor, daß Frankreich sowohl die Bezahlung der 300 Millionen Goldmark für den Rückkauf der Kohlengruben verlangt, als auch auf der Rückzahlung der im Saargebiet gemachten Investitionen in Höhe von ebenfalls 300 Millionen Goldmark auf dem Umwege über die Rückgabe der im Saargebiet sich im Umlauf befindlichen Frankennoten besteht.“

Und dann heißt es unter Bezugnahme auf den Bankrott des „dritten Reiches“ weiter: „Wie kann Reichsbankpräsident Schacht unter diesen Umständen einer neuen Forderung in Höhe von 600 Millionen Goldmark nachkommen. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit.“

300 Millionen Mark für die Gruben und 300 Millionen Mark für die Rückzahlung der französischen Kapitalinvestitionen sind bekanntlich nach Adam Riese 600 Millionen Mark. Die „Saarbrücker Zeitung“ stellt sich aber dumm und tut so, als ob wir den Betrag von 600 Millionen Mark allein auf die Kohlengruben bezogen hätten. Indem sie uns auf solche plumpe Weise etwas unterschiebt, was wir nie behauptet haben, bemüht sie sich, unsere unwiderleglichen Argumente abzuschwächen.

Das sind die Methoden, die bei der braunen Presse an der Saar üblich sind. Genau so wie sie das Telegramm der Antifaschistischen Front an die Funktionäre anlässlich der Sulzbacher Kundgebung gefälscht hat, fälscht sie heute unsere Artikel. Auf eine Fälschung mehr oder weniger kommt es eben den Gesellen nicht an.

Es muß aber doch um die Sache der braunen Front an der Saar sehr schlecht bestellt sein, wenn ihren Schreibseligen nichts anderes übrig bleibt, als zur Bekämpfung ihrer politischen Gegner zu offensichtlichen Fälschungen zu greifen.

## Der Ungeist in den Saarschulen

### Neue Bestimmungen der Reegerungskommission

Saarbrücken, 12. September.

Zum heutigen Wiederbeginn des Schulunterrichts nach den großen Sommerferien hat die Schulabteilung der Reegerungskommission eine Reihe Verfügungen und Verbote erlassen, durch die dem politischen Ungeist in den saarländischen Schulen entgegengetreten werden soll. Die neuen Bestimmungen betreffen die höheren Schulen. Die betreffenden sind den Schulverwaltern bereits zugeestellt und treten sofort in Kraft.

Verboden ist nach diesen Bestimmungen:

1. Die Benützung von Schulern und Schülerinnen zu politischen Kundgebungen innerhalb wie außerhalb des Saargebietes.
2. Die Einführung neuer Schulbücher ohne Genehmigung der Aufsichtsbehörde.
3. Das Aussehen des Unterrichts und das Befolgen der Schulhäuser an politischen Feiertagen und Kundgebungen.
4. Das Singen geschlossener Chöre innerhalb der Orte und das Singen politischer Lieder außerhalb der Ortschafte.
5. Die Verteilung von Schriften an Schüler und Schülerinnen ohne Genehmigung der Schulabteilung.
6. Das Tragen politischer Abzeichen und Uniformen für Lehrer und Schüler.
7. Die Propaganda politischer Parteien innerhalb der Schulgrundstücke.

Eine weitere Anweisung betrifft das Verhalten von Lehrern und Schülern gegenüber Schulkindern jüdischen Glaubens.

## Brief eines Industriellen

### Enttäuscht und pessimistisch

Man stellt uns via England folgenden Brief eines rein arischen Industriellen aus dem Ruhrrevier zur Verfügung:

Die Ereignisse des 9. Juni sollten jedem anständigen Deutschen genügen, diese Leute unter allen Umständen

# Saar-Freiheitsfront wird empfangen

## Pirro und Röbling stehen sehnsuchtsvoll vor dem Völkerbundshaus Die Folgen des Austritts Hitlerdeutschlands

Genf, 11. Sept. (Via Draht.)

Die Delegation der saarländischen Einheitsfront, bestehend aus Max Braun und Fritz Piordt wurde heute von den Mitgliedern des Dreierkomitees, das der Völkerbundsrat zur Vorbereitung der Saarabstimmung eingesetzt hat, und dessen Vollmachten beträchtlich stark erweitert wurden, empfangen. Und zwar vom spanischen Kommissar und Vizepräsident der Delegation, vom argentinischen Kommissar und Vizepräsident seines Landes in Rom, Cantilo, und dem italienischen Minister und Delegationsmitglied Biancheri.

Die beiden Vertreter erklärten den Inhalt unserer Denkschrift und berührten einige Fragenkomplexe, die in dieser Denkschrift nicht behandelt werden. Sie konnten mit Genugtuung feststellen, daß diese Saar-Denkschrift der Einheitsfront wegen ihres objektiven, sachlichen, ruhigen und entschiedenen Tones, der wohlwollend von der Reichsregierung und dem überlauten Ton der braunen Front absteht, allseitig eine gute Aufnahme findet.

Genf, den 11. September 1934. (Via Draht.)

Geiern berichten wir, daß die Delegation der braunen Front gedrückt und eigentümlich gestimmt durch Genf irrt. Wir haben uns gestern nicht erklären können, worauf diese Gedrücktheit zurückzuführen war. Und wir haben ausreichende Gründe nicht finden können. Heute ist die Lösung dafür gefunden: Wer heute morgen zum Völkerbundshaus ging, der stellte fest, daß dort auf der Straße die Delegation der braunen Front stand. Die Herren Pirro und Genossen. Sie standen konstant auf der Straße und betrachteten mit sehnsuchtsvollen und verlangenden Blicken das Völkerbundshaus und vor allem den Eingang, aber sie gingen nicht hinein. Und die Lösung des Rätsels ist,

daß man Pirro und Röbling dort hinabgeworfen hat. Man hat festgestellt, daß sie sich als Journalisten dort eingeschmuggelt hatten, und daß sie sich dort ohne jede Legimation und Autorisation aufhielten. Das haben die

amtlichen Stellen gemerkt, und die Herren wurden an die Luft geleitet.

Es ist ihnen nicht möglich, das Gebäude zu betreten, in dem über die Schicksale der Saar entschieden wird. Da sie keine offizielle Delegation sind, können sie nicht hineinkommen. Es zeigt sich auch wieder einmal, wie ungeheuer dumm Hitlers Austritt aus dem Völkerbunde war. Schon allein in bezug auf die Saar. Denn die Delegation der braunen Front irrt in Genf herum, ohne jede Fühlungnahme, ohne jede tatkräftige Unterstützung. Zwar haben die Einheitsfront der Saar und auch die übrigen Antihitler-Delegationen auch kein Land, das für sie eintritt, aber der Unterschied gegenüber Hitlerdeutschland ist der, daß die ganze Welt gegen Hitler steht und die ganze Welt sich als Beschützer und Vertreter der gegen Hitler gerichteten Delegationen aufwirft. Die letzteren Delegationen werden also mit größtem Entgegenkommen behandelt.

Genf, den 11. September. (Via Draht.)

Man erzählt sich in Völkerbundskreisen, daß die Delegation der braunen Front verschiedenen maßgebenden Stellen Mitteilung zugehen ließ, wonach die braune Front 85 Prozent der abstimmungsberechtigten Saarländer für sich haben will. Es ist interessant, daß jetzt nur noch von 85 Prozent die Rede ist, und nicht mehr von 93 Prozent oder sogar 97 Prozent. Aber man weiß auch in Genf, wie die 85 Prozent zustande kommen, man kennt auch zur Genüge den offenen Terror an der Saar. Und man lächelt viel über die Antwort, die von einer maßgebenden Stelle des Völkerbundes dem Landesführer der braunen Front gegeben worden sein soll, als er die 85 Prozent erwähnte. Die Antwort lautete: „Wenn Sie 85 Prozent in Wirklichkeit hätten, dann wäre es doch nicht nötig, daß Sie derartig lärmend auftreten und die Andersdenkenden terrorisieren. Sie hätten doch dann die absolute Majorität und es wäre doch gar nicht einzusehen, warum Sie die andersdenkenden Saarländer dann nicht in Ruhe lassen.“

# Sturm auf die christlichen Metallarbeiter

## Terror nach hitler-deutscher Methode an der Saar

### Und die Gerichte helfen dabei — Was tut die Regierungskommission?

Auf Befehl reichsdeutscher Stellen hatten die Nationalsozialisten am Montag die Saarbrücker Büros des gleichgeschalteten christlichen Metallarbeiterverbandes beschlagnahmt. Der Bericht des hitleeramtlichen deutschen Nachrichtenbüros über die geheime Sitzung in Zweibrücken hat klar den Beweis erbracht, daß hier eine verbotene Einrichtung der Deutschen Arbeitsfront vorliegt. Mitin ein schwerer Verstoß gegen die Verordnung der Regierungskommission vom 12. März 1934.

Am Dienstag wurde ein neuer nationalsozialistischer Handreich vollzogen. Unter Mißachtung der Regierungskommission haben die Nationalsozialisten beim Landgericht eine einseitige Verfügung erzwungen, wonach die Geschäftsstellen des christlichen Metallarbeiterverbandes im Lande von den Nationalsozialisten einfach übernommen wurden. Eine absolut ungeheuerliche Handlung. Damit besteht keinerlei Garantie mehr für die Akten, Bücher und das Vermögen des Verbandes. Diese einseitige Verfügung ist gegen die bestehende Verordnung der Regierungskommission unter Hebergehung der Saarregierung herabgegeben worden.

Soweit sind wir heute im Völkerbundshaus an der Saar. Reichsdeutsche Hitlerhelfer ordnen illegale Aktionen im Saargebiet an und die Aktionen werden mit Hilfe der Nationalsozialisten durchgeführt. Der neueste Handreich stellt einen solchen großen Akt offener Illegalität dar, daß die Regierungskommission zu den schärfsten Maßnahmen greifen muß.

Die Nationalsozialisten haben tatsächlich durch ihre Rechtsanwältin Steemann usw. eine einseitige Verfügung erzwungen mit der Behauptung, der Geschäftsführer Vid müsse wegen Unzuverlässigkeit ersetzt werden. Diese einseitige Verfügung ist zugestellt worden, ohne die Regierung ins Benehmen zu sehen, wie das die Verordnung in bezug auf die Gewerkschaften vorschreibt. Eine unglaubliche Mißachtung der Regierungskommission. Die Regierung wird einfach übergangen. Man darf gespannt sein, was die Regierung gegen diese Aktion unternimmt. Auf Grund der Zustellung der einseitigen Verfügung ist einfach

ohne jede Konzession abzulehnen; aber leider muß ich einsehen, daß die vernünftigen Menschen bei uns sehr dünn gesät sind. Ueber die Finanzlage lesen Sie durch die Presse bestimmt mehr Wahres als ich — sie ist verheerend.

Solange durch Regierungsmaßnahmen die Wirtschaft für das Ausland gut war, hat das Industrieeriewer ganz anständig verdient. Das Exportgeschäft lachte allerdings immer mehr ab, jetzt zeigen sich auch die ersten Anzeichen des Nachlassens auf dem Inlandsmarkt. Bis hier waren die Werke immer voll und ohne Forderungen bedrängt, plötzlich liegen wir — und das durchweg — schon volle zwei Werke in der Woche still, seit etwa Mitte August. Wir sind uns bewußt, daß der Winter noch schlechter werden wird, denn die Arbeitslosenziffern steigen ständig, was ich bei einem Betrieb mit mehreren tausend Arbeitern, trotz aller amtlichen „Statistik“, sehr gut und sicher zu beurteilen weiß...

Die Wahl war natürlich nur Katz. Es sind weit mehr Nein-Stimmen abgegeben worden, als man veröffentlicht. Wenn einer Nein stimmte, dann hieß es: das Nein ist ja durchdringen, somit ist Ja gemeint! Das ist verärgert.

Die Stimmung gegen die Nazis ist sehr gewachsen, aber alle sind noch ängstlicher geworden — und das nicht ohne triftigen Grund. Ich treffe nur Leute, die verzweifelt den Kopf schütteln — aber an eine Änderung der Dinge vermag ich nicht zu glauben. Wir werden den Umschwung nicht mehr erleben. Von diesem Pessimismus kann ich mich nicht freimachen und wenn es uns noch so schlecht gehen sollte — selbst wenn wir tatsächlich noch Brotkrumen bekommen — wir werden die Leute nicht wieder los. Siehe Ausland, siehe Italien! Eine solche Perfidie des ganzen öffentlichen privaten Lebens mit der „neuen Stimmung“ ist einfach nicht mehr rückgängig zu machen, jedenfalls nie in diesem Lande. Denn der Haß... erzieht tatsächlich ein Volk, das nur noch pathologisch zu werden ist. A ist ein furchtbarer

ein Vertreter für Vid eingeleitet worden (natürlich bei diesem Vorgang der Dinge rechtlich völlig unzulässig), und die Geschäftsstellen des gleichgeschalteten christlichen Metallarbeiterverbandes im Lande wurden illegalerweise von den Nationalsozialisten übernommen. Mit Recht wird die Frage aufgeworfen: Was wird nun mit den Akten und Büchern, was mit der Kasse des Verbandes? Wer garantiert dafür? Die Nationalsozialisten spielen auf die Verordnungen der Regierungskommission, vollführen ihren Handreich, und wenn die Regierung nachher eingreift, dürfte nicht mehr allzuviel zu retten sein.

Die Hauptbüros in Saarbrücken sind nach wie vor verriegelt. In der Tat ist der Beweis für die direkten Verbindungen mit der deutschen Arbeitsfront im Reich erbracht. Eine Reihe von schweren Verstößen gegen die Regierungsverordnungen liegen vor. Wahrscheinlich wird die Verriegelung aufrechterhalten, um die Prüfung der Zusammenhänge ungehindert zu gewährleisten.

Aber eine weitere und viel wichtigere Frage:

Was, was sich am Montag in den Büros der christlichen Gewerkschaften abspielte, kann sich morgen wiederholen. Morgen kann auf Berliner Befehl derselbe Handreich durch die Nationalsozialisten auf die Büros des Bergbauindustriearbeiterverbandes, der freien Gewerkschaften, der „Volkstimme“ oder der anderen Antihitler-Organisationen und Zeitungen ausgeübt werden. Die Lage ist außerordentlich kritisch. Jetzt muß die Regierungskommission zeigen, ob sie noch Herr der Lage ist oder nicht. Die Tatsache, daß im Völkerbundshaus an der Saar der Hitler-Handreich vom Montag möglich war, hat vor allem in Genf höchste Erregung und Empörung hervorgerufen. Nun gilt es, zuzupacken.

Vor den Hauptbüros der christlichen Gewerkschaften steht nunmehr die Polizeimache. Die Mitglieder des christlichen Verbandes werden in den nächsten Tagen zu der neuen Situation Stellung nehmen.

Angsthaft, ich liebe ihn nicht mehr. Ich selbst z. B. habe bis heute noch nicht ein einziges Mal — auch nicht bei Behörden und im öffentlichen Leben — mit „D...“ begrüßt, und noch niemand hat Anstoß daran genommen, so kümmerlich in dieses ganze Gezeir, mit dem ich täglich zu tun habe.

In den letzten Monaten überdies ist oft Aufsätze aus ausländischen Zeitungen, lasse sie tippen und durchschlagen und verbreite sie, so gut es geht. Viel Zweck hat es nicht, aber man kann es, weiß Gott, einfach nicht lassen. Besonders, wenn man tagtäglich den Mißstand sehen muß, den unsere Presse verapert, selbst die alte „Frankfurter“ ist geradewegs zum Lügen... es hat mich das ganze Jahr bedrückt, daß ich Ihnen nicht mal frei von der Leber weg schreiben konnte, ich freue mich, daß ich heute Gelegenheit dazu hatte...

## Massenimpfung von 120000 Kindern

Essen, 12. Sept. In Duisburg-Hamborn wird nunmehr die schon angekündigte Massenimpfung von etwa 120000 Kindern im Alter von 1 bis 15 Jahren zum Kampf gegen die Diphtherie-Epidemie durchgeführt. Insgesamt werden 7000 Personen, darunter 200 Ärzte, mit der Durchführung beschäftigt. Die Kinder werden dreimal in Abständen von 14 Tagen geimpft. Die Kosten des Impfstoffes in Höhe von 120000 Reichsmark trägt die Reichsleitung der NS-Volkswohlfahrt. Vertreter des Robert-Koch-Institutes in Berlin beaufsichtigen die Durchführung der Aktion. Die Stadtverwaltung hat die Bürgerchaft zur Unterstützung der ersten großen Massenimpfung dieser Art in Deutschland aufgefordert.

# Die Schlächtereier von Rieseberg

## Neue Enthüllungen über die Braunschweiger Morde

h. h. Im Juli des Vorjahres erlitt die Schreckensstunde durch das „dritte Reich“, daß im Freistaat Braunschweig ein entsetzlicher Massenmord verübt worden sei. Die Braunschweiger Nationalsozialisten hatten — wie man sich erinnern wird — bei ihren Gewalttaten gegenüber dem besiegten Gegner unter Führung des heutigen Justizministers Alpers eine besondere Bestialität an den Tag gelegt.

Alpers, der damals ein kleiner, unbeachteter Rechtsanwalt war, der beim juristischen Examen nur bis zur Note 88 gebracht hatte, befehligte eine wilde Mordkolonne, die sich ein Vergnügen daraus machte, marxistische Funktionäre mit Risikopfeilspitzen totzuschlagen oder so zu quälen, daß sie monatelang in den Krankenhäusern geliebt werden mußten.

Kaum hatte sich der Schrecken über die schändliche Ermordung des Gewerkschaftsführers Theissen und Wasse ein wenig gelegt, da drang die Kunde von dem in Rieseberg bei Braunschweig gelegenen Massenmord durch. Es hieß, dort seien wegen der Ermordung des Nationalsozialisten Gerhard Landmann, die angeblich auf Kommunisten zurückzuführen war, zehn feindliche Marxisten standrechtlich erschossen worden.

Lange Zeit hindurch gläubte es den Gewalttätigern, den eigentlichen Vorgang zu unterdrücken. Der Polizei wurde verboten, die Angelegenheit zu untersuchen, die Presse durfte nicht darüber berichten.

Ein Kurier, der im Juli im Auftrag der 2. Internationale nach Braunschweig reiste, um den Fall anzuführen, gelangte zwar bis an die schwer bewachte Pforte des Rieseberger Friedhofes, es glückte ihm aber bei der verängstigten und eingeschüchterten Bevölkerung nicht, die Zusammenhänge, die zu dem Massaker führten, zu ermitteln.

Ende des Jahres 1933 gelang es dann durch viele Nachfragen, die Namen der in Rieseberg Ermordeten festzustellen. Es handelte sich um folgende Arbeiterfunktionäre:

Lehrer Gustav Schmitte, Braunschweig, Langerkamp, Betriebsratsmitglied Walter Rasmann, Braunschweig, Miagbetrieb, wohnhaft Jahnsstraße, Arbeiter Robert Riegling, Braunschweig, Weststraße, Betriebsratsvorsitzende Hermann Böhm, Braunschweig, Kreuzkampstraße (Miagbetrieb), Lithograph Julius Niel, Braunschweig, Bleckriedstraße, Schlosser Hans Grimming, Braunschweig, Gildensstraße, Student Kurt Pirsk, Braunschweig, Vorsitzender des Volkskammerverbandes, Arbeiter Willi Steinach, Braunschweig, Arbeiter Friedrich Ludwig, Braunschweig, Arbeiter Alfred Müller, Wollensbüttel, Arbeiter Felix Kampus, Wollensbüttel, Arbeiter Heinemann, Schöningen, und der SA-Mann Arbeiter Staats, Braunschweig, wohnhaft Eichthal.

Die Ermordung des Letzteren ist besonders durch den Umstand interessant, daß sich auch der Mord an Landmann, der durch die Abschichtung der Vorstehenden gerächt werden sollte, im Eichthal abspielte.

Erst in den letzten Tagen war es möglich, ein genaues Bild über die Vorgänge zu erhalten, die zu der Rieseberger Mordtat geführt haben. Ein absolut zuverlässiger Gewerkschaftermann, der genauestens unterrichtet ist, hat folgende Schilderung zu Protokoll gegeben:

Nach der Ermordung des Gewerkschaftsführers Wasse war die Stimmung in den Wohnvierteln der Braunschweiger Arbeiterbevölkerung erregt. Daher liefen überall starke SA- und SS-Patrouillen herum, um die Ordnung aufrechtzuerhalten.

Der später ermordete SA-Mann Landmann führte eine solche schwerbewaffnete Patrouille ins Eichthal, das bei den Nationalsozialisten als Marxistenhochburg verschrien war.

Diese Patrouille kam auf ihrem Streifgang in die Nähe einer Gastwirtschaft, in der vor der Errichtung des „dritten Reiches“ hin und wieder eine Reichsbannerversammlung des betreffenden Stadtteils abgehalten wurde. In einem Klubzimmer der Gastwirtschaft brannte Licht. Das war für den Bandenführer Landmann der Beweis, daß dort eine kommunistische Geheimversammlung abgehalten wurde. Er telefonierte sofort nach dem von den Nazis besetzten Verlagsbureau des sozialdemokratischen „Volksfreund“ und forderte von dort das Ueberfallkommando der SA an. Ehe dieses Kommando in den der sozialdemokratischen Partei angeschlossenen Automobilen anrückte, umzingelte Landmann mit seiner Bande die Gastwirtschaft, indem er den das Gebäude umgebenden Garten besetzen ließ. Die Karabiner und Revolver wurden schußfertig gemacht. Man wollte die Kommunistenversammlung anschießen und die Teilnehmer restlos „erlösen“.

Da es sich nun aber bei den Angehörigen der Nazi-Patrouille durchweg um grüne Jungens handelte, die im Waffengebrauch nur bei Terrorfällen, bei denen sie sich in der Uebermacht befanden, geschult worden waren, bekam die Patrouille in dem dunklen Garten sehr bald Erregungs- und Anstaltschüden. Die Bäume und Sträucher im Garten begannen sich zu bewegen, Wäpchenfalte wurden zu schleichenden

Kommunisten und Akergeräte zu schwerbewaffneten Reichsbannerleuten. Die SA-Weite entschiften ihre Schließwaffen und barrierten in angeregter Erregung des Angriffes oder zumindest des Kommandos zum Schießen.

Der Führer Landmann stand, vom Scheine einer Lampe beleuchtet, an der Hinterseite des Hauses, ihm gegenüber befand sich ein Angehöriger der sogenannten Allen Garde, der ein Widersacher Landmanns war. Dieser machte sich die allgemeine Aufregung der Patrouillengänger zunutze. Mit dem Ruf: „Nieder mit der Kommune!“ schob er seinen Patrouillenführer Landmann über den Garten.

Natürlich glaubten alle Beteiligten, Landmann sei von den angeblich im Vokal eingeschlossenen Kommunisten erschossen worden. Das Vokal wurde gestürzt und man stellte fest, daß die angebliche Kommunistenversammlung aus — Nationalsozialisten bestand, die dort einen partei- offiziellen Schulungsabend abgehalten hatten. Der Leiter dieses Schulungsabends veröffentlichte am Tage nach dem Vorfall in den Braunschweiger Tageszeitungen eine Erklärung, in der er sich gegen die Gerüchte wandte, daß es sich bei der Versammlung um eine kommunistische Veranstaltung gehandelt habe.

Nach dem Sturm auf das Vokal wurde sofort das ganze Eichthal von SA- und SS-Patrouillen überflutet und abgesiegt. Alle Winkel und Ecken, alle Gassen, Gärten und Keller, alle Wohnungen, Hausflure und Bodentammern wurden gründlich durchsucht, ohne das Geringste zu entdecken. Daraufhin wurden fast hundert Anwohner des Eichthals verhaftet und unter Druck gesetzt. Tagelange verhörte man auf die übliche Weise Männer und Frauen, ohne Anhaltspunkte für die Täterschaft des Mordes an Landmann oder für sonstige kommunistische Betätigung zu finden.

Als alles nichts half, wurden etwa fünfzig marxistische Funktionäre eingeladen und in die von Nationalsozialisten besetzte Krawantasse geschleift.

Dort wurden diese Unglücklichen zwei Tage und zwei Nächte hindurch unter dem Kommando des Brigadeführers Sankt, der früher mit seinen fliegenden Terrorformationen das ganze Land Braunschweig überzogen hatte, auf das verschiedenste Mißhandelt, um Geständnisse aus ihnen herauszupressen. Bereits während dieser Verbote war es in Braunschweig öffentliches Geheimnis, daß Landmann von seinem eigenen Untergebenen abgeknast worden war. Weiter erzählt sich in Braunschweig bis heute hartnäckig die Meinung, daß der wahre Täter sofort gefast und ebenfalls in Rieseberg mit abgeschlachtet worden ist. Näheres war darüber nicht in Erfahrung zu bringen.

Dagegen ist es geplant, die Vorgänge bis zur Ermordung der Angehörigen des Opfer völlig zu aufzuklären. Die fünfzig Verhafteten wurden viehisch mit Peitschen traktiert. Dabei wurde ihnen immer wieder gesagt, daß zehn von ihnen für Landmann erschossen werden würden. Man sei noch dabei, die zehn besten aus ihnen auszufortieren. Nach einer solchen Ansprache kam dann plötzlich das Kommando: „Abschieben zu zehn!“

War das Kommando ausgeführt, ging der Brigadeführer Sankt mit sabittischen Blicken die Reihen durch, als hänge die Auswahl der zehn Todeskandidaten von seinem Augenblick ab.

War dieses Manöver glücklich überstanden, hieß es plötzlich: „Wer war SPD-Mann? Mal vortreten!“ Das geschah. „Eigentlich müßten wir euch Sträber nehmen. Aber na, „u Augenblick mal.“

„Wer war von euch im Reichsbanner? Mal vortreten! Ihr seid ja die richtigen Todeskandidaten. Steht euch mal gleich zum Abmarsch da drüben auf!“

So ging das dann eine ganze Nacht hindurch. „Wer war SPD-Mann? Wer war Frontkämpfer?“

Dann kam ein neues Definitiv an die Reihe: „Wer ist verheiratet? Mal da auf diese Seite!“

„Wieviel Kinder habt ihr denn? Gott, die armen Wärmer können einem leid tun! Na, die haben ja von euch doch nicht gehabt!“

Zum Schluß — der ausgefuchte Unglückschhausen war nun inzwischen immer kleiner geworden — hieß es: „Wer war Kriegsteilnehmer? Wer war Frontsoldat? Wer hat Kriegsauszeichnungen?“ usw.

So ging das, bis man dann zum Schluß die oben genannten, unter denen sich selbstverständlich eine ganze Anzahl Frontkämpfer, wie Römlich, befanden, übrig behalten hatte. Alle wurden noch einmal furchtbar geschlagen. Dann ließ man die Todeskandidaten auf Autos verladen, während die anderen nach und nach unter furchtbaren Drohungen für den Fall, daß sie etwas über die Art ihres Verhörs und die Auswahl der zu Erschießenden erzählen würden, entlassen wurden, wenn ihre äußere Erscheinung das nach den an ihnen verübten Grausamkeiten zuließ.

In lausender Fahrt ging es nach Rieseberg. Auf dem dortigen Vappelhof — einer alten Zigelei, die der NSDAP

angekauft und zum Jugendheim umgestaltet hatte — wurden die Unglücklichen eingeladen und in zwei Zimmer verteilt.

Die Zimmer wurden abgeschloffen und die wehrlosen Opfer durch die offenen Fenster grausam zusammengehockt. Es herrschte ein unbeschreiblicher Schreck und Jammer in dem entlegenen Gehöft. Nach der Schlächtereier wurde durch Fußtritte festgestellt, wer noch Lebendzeichen von sich gab. Er wurde schnelkstens restlos tot gemacht.

Anzwischen hatte die Braunschweiger Polizei erfahren, daß in Rieseberg ein Massaker vor sich geben sollte. Der nationalsozialistische Polizeikommissar Sella, der vorher mehrfach Zeuge der unerhörten Grausamkeiten seiner Parteigänger geworden war, hatte Interesse daran, endlich einmal Ruhe zu machen in dem Braunschweiger Hexenkessel. Darum fuhr er sofort mit mehreren Ueberfallwagen in eiligem Tempo nach Rieseberg, um die Schlächtereier zu verhindern. Als er mit seinen Leuten in Rieseberg ankam, war aber bereits alles erledigt.

Polizeikommissar Sella fühlte sich aus Prestige-gründen verpflichtet, in diesem Falle auf das Strengste durchzugreifen. Er begann an Ort und Stelle mit der Untersuchung. Als er am anderen Tage nach Braunschweig zurückkehrte, wurde ihm von oben bedeutet, daß die Untersuchung von ihm nicht weiter zu führen sei und daß er die Akten über bereits angetretene Ermittlungen sofort an die NSDAP abzuliefern habe. Denige Wochen später wurde Sella seines Postens als Polizeikommandant entbunden.

Die Nachricht von der Mordtat ging wie ein Lauffeuer durch Braunschweig. Die Presse bestürmte die amtlichen und die parteiamtlichen Stellen um nähere Aufklärung. Es wurde ihr unter schwerster Bedrohung verboten, auch nur eine Silbe über das Blutbad zu veröffentlichen. Dafür wurde sie gezwungen, den schlechtbelumdeten Landmann seitenslang zu lobhudein und die schaurigen Märchen über die Kommunisten als seine Mörder zu verbreiten. Um das Dohnzelächter in der Dessenlichkeit zu erhitzen, wurde die Stelle, an der Landmann gefallen war, zum Wallfahrtsort erklärt. Der braunschweigische Ministerpräsident Dietrich Klages und sein Kammerherr, der oben erwähnte Justizminister Alpers, waren die ersten Wallfahrer, die auf offener Straße riesige Blumenkränze niederlegten. Und das ganze offizielle Braunschweig machte die Komödie bewußt mit, während über Rieseberg kein Wort verlauten durfte.

Jeder, der bezweifelte, daß der Mord an Landmann von Kommunisten ausgeführt worden war, wurde verhasst und mißhandelt. Jeder, der das „Grenelmärchen“ von Rieseberg auch nur andeutungsweise erwähnte, wurde mit dem Tode bedroht. Daher war es auch so spät möglich, genaues darüber zu erfahren.

Die Angehörigen der Ermordeten wurden lange Zeit im Unwissen über das Schicksal ihrer Männer undäter gelassen. Viele Frauen brachten noch tagelang nach dem Blutbad Mittagessen in die Krankenkasse, das vermeintliche Hottel ihrer Männer. Jede Frau, die sich dringender nach dem Verbleib ihres Mannes erkundigte, erhielt Nachsicht, daß er „in ein Konzentrationslager“ gebracht worden sei. Im Laufe der Zeit aber sah man sich doch gezwungen, den wahren Sachverhalt an die Hinterbliebenen mitzuteilen. Diese Aufgabe übernahm das braunschweigische Ministerium, das den Betroffenen lakonisch mitteilte: „Auf Ihre Anfrage vom ... teilten wir Ihnen mit, daß der nachgefragte ... (Name) bei einem Ueberfall ums Leben gekommen ist.“

Diese Lesart wurde dann allgemein die offizielle. Die Behörden, die einsehen, daß sich die Taten der Empörung nicht mehr verheimlichen ließ, ließen durch die Parteiamtlichen der NSDAP durch Abkistation von Mund zu Mund erklären, die verhassten Arbeiter seien zwar von ihren Sachleuten nach Rieseberg geführt worden, aber das sei nur zu ihrem eigenen Schutze vor dem Volksgorn geschehen.

Leider sei die SA-Schwarmmacht in Rieseberg in der fraglichen Nacht von (ebenfalls leider!) unerkannten Tätern überfallen worden und die Gefangenen dann von diesen Unbekannten erschossen worden.

Die Leichen der Ermordeten wurden auf dem Friedhof des kleinen Ortes Rieseberg verscharrt. Das Grab wurde mit einem kleinen Hügel bedeckt, so daß es in nichts an ein Massengrab erinnert. Der Rieseberger Friedhof wurde lange Zeit von SA besetzt gehalten und für privaten Verkehr nur gegen amtlichen Ausweis geöffnet. Damit glaubte man wohl, die nötige Ruhe und die nötige Zeit zu finden, die notwendig ist, um Grab über diese grausame Geschichte wachen zu lassen. Es zeigte sich bald, daß das ein großer Irrtum war. Hatte man in den ersten Wochen nach der Schlächtereier die Bevölkerung der Umgegend vollständig verängstigt und verschüchtert, so wird heute überal von diesen Schandtatzen gesprochen. Das ist um so interessanter, als die Gegend um Rieseberg eine reine Bauerngegend ist, in der die meisten Männer auf den Stahldelm eingeschworen waren. Viele dieser Bauern sind im Laufe der Zeit nach dem Vappelhof von Rieseberg gewandert und haben sich dort die noch immer sichtbaren Muttstede an den gefallten Bäumen angesehen. Sie haben auch im Laufe des letzten Jahres Blumen und Kränze, in deren Schleifen oftmals revolutionäre Parolen eingestickt waren, niedergelegt. Und alle, die auf fremden Flecken Erde standen, haben den Mörder und ihrem System blutige Rache geschworen.

## Die Banditen

### Die Auserwählten des Hitlerregimes

Rönigsberg, 12. Sept. (Anprek.) Die Beförderung des Adjutanten des SS-Gruppenführers von dem Vach-Zelewski, des Sturmhaupführers Liebich in Rönigsberg, nimmt der offizielle Deutsche Nachrichten-Dienst zum Anlaß, Erinnerungen zu veröffentlichen, die die ganze Verlogenheit des Nazi-Geschlechts wegen „marxistischer Ueberfälle“ enthüllt. Es wird dort bekannt: „Es ist Anfang 1932. In Diederhöf in der Neumark hält die SPD eine Versammlung ab. In der Versammlung sitzen ein paar SS-Männer. Die wollen am Schluß der Versammlung distulieren. Aber da sei einer still, wenn ihm so viel Gemeinheit vorgelegt wird. Es gibt Zwischenrufe, lautere Zwischenrufe, und plötzlich hat da jemand irgendeinen anderen beim Schilps gefaßt, Stähle werden hochgeriffen, Fäuste schlagen zu. Auf der Bühne steht einer breitbeinig, und sehr. Er schwingt einen Stuhl über dem Kopf ... 21, 22 — zählt er wie vor dem Admarl einer Handgranate — hums, liegt das Schindbel in die Menge. Das ist der heutige SS-Gruppenführer von dem Vach. Und da aus einer anderen Ecke liegt ebenio ein Stuhl, schlägt ebenio eine Faust zu, da steht der letzte Sturmhaupführer Liebich, der jeden schmerz Stranz mit seinem letzten Gruppenführer ausgefacht hat.“

## SA-Führer wahnsinnig

Rürnberg, 11. Sept. In der Nacht vom 10. zum 11. September wurde ein SA-Führer in Nürnberg plötzlich wahnsinnig. Er kürzte sich mit einem Messer auf zwei SA-Leute, die mit ihm im gleichen Bett schliefen, tätete sie und verletzte mehrere schwer. Es gelang schließlich, Herr über'n zu werden. Als er die Folgen seiner Tat sah, versuchte er, Selbstmord zu verüben.

## Zwei Nummern „Vorwärts“ — Zwei Jahre Zuchthaus

### Sozialdemokratische Illegalie vor Gericht

Der „Neue Vorwärts“ berichtet: Die Justiz des „dritten Reiches“ überführt legt fast täglich den Propagandaminister Goebbels der Lüge. Goebbels arbeitet in seinen Propagandafachschaften mit Vorliebe mit dem Volkshemittentiarat, und alle seine Veröffentlichungen stellen es so dar, als ob die in Deutschland noch vorhandene Opposition ausschließlich kommunistischen Ursprungs sei. Wie falsch diese Behauptung ist, wie stark auch die Widerstandskräfte gegen die Nazidiktatur in den sozialdemokratischen Kreisen sind, das beweisen nicht zuletzt die Tatsache, daß sich die Prozesse gegen Sozialdemokraten von kaum anaehlicher Illegaler und hochverräterischer Arbeit in der letzten Zeit häufen.

In der vorigen Nummer haben wir über die drakonischen Zuchthausurteile berichtet, die in dem Prozeß gegen die letzten Funktionäre des Roten Vorwärts gefaßt wurden. In den nächsten Tagen sind in Berlin vor dem 4. Strafsenat des Kammergerichts eine mehrstägige Verhandlung gegen 18 Berliner Sozialdemokraten statt. Nach der Anklage sollen diese Genossen noch bis Ende Dezember 1933 verurteilt haben, in Berlin und im Reich die Organisation der Sozialdemokratischen Partei und der Sozialistischen Arbeiterjugend fortzuführen. Darüber hinaus sollen die „sozialistische Aktion“ und in Deutschland hergestellte staatsfeindliche Druckchriften verbreitet worden sein.

Das Kammergericht verurteilte den als Hauptangeklagten bezeichneten Genossen Theodor Wiedert zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus. Der frühere Redakteur der Arbeiterjugend, Genosse Gustav Weber, die Genossen Oswald Steinau und Dr. Fritz Meißner wurden zu je zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Der Genosse Paul Decker erhielt zwei Jahre drei Monate, der Genosse Ernst Glawert eineinhalb Jahre Gefängnis. Vier weitere Angeklagte, darunter drei Genossinnen, erhielten je acht Monate Gefängnis. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Auch das Landgericht Leipzig verhandelte am 21. August

gegen sechs Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei und der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands. Diesen Genossen wurde ebenfalls die Fortführung einer verbotenen Organisation, und zwar der Sozialistischen Arbeiterjugend zur Last gelegt. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung des Genossen Diebe zu elf Monaten und des Genossen Kluge zu neun Monaten Gefängnis. Die Genossen Brand, Kuprecht, Jonas und Zeidel wurden „annehert“.

Ueber den Verlauf des Prozesses erfahren wir noch: Die Haltung der Angeklagten war ungeschwankt. Sie bekämpften sich mutig an ihrer sozialdemokratischen Ueberzeugung, was auf den Gerichtshof höchlich Einbruck machte. Genosse Weber wurde nach seiner Vernehmung gefragt, was für Schulbildung er habe. Als er antwortete: „Dorschulbildung“, war das Erörtern nicht gering. Nicht weniger wunderten sich die Richter darüber, daß sich unter den männlichen Angeklagten mehrere Kriegsteilnehmer und Inhaber der Eisernen Kreuze beider Klassen befanden.

Am ersten Tage der Verhandlung war die Dessenlichkeit ausgeflossen. Es ist anzunehmen, daß an diesem Tage über die Ergebnisse gesprochen wurde, die die Angeklagten bei der Weitapo gehabt hatten. Die vier weiblichen Angeklagten wurden vom Gerichtshof rücksichtsvoll behandelt. Offenbar war der wahrheitsgemäße Bericht über die Wirkung der Strafen, die diese Frauen erlitten hatten, nicht ohne Wirkung geblieben.

Eine Sentenz des Prozesses bildete auch die Vernehmung eines Sozialdemokraten, der in einer ähnlichen Sache in einem anderen Prozeß abgeurteilt worden war. Der Vorsitzende fragte den aus der Strafkast vorgeführten Zeugen nach seiner Straftat. Antwort: Beteiligung von zwei Nummern des „Neuen Vorwärts“ und einer „Arbeiter-Zeitung“. Auf die weitere Frage des Vorsitzenden nach der Strafhöhe lautete die Antwort: „Zwei Jahre Zuchthaus.“

# Zwei Lehrerkongresse

Zwei Welten: Frankfurt und Nizza - Von Jack

Ungefähr zur selben Zeit fanden in Frankreich und Deutschland die Kongresse der großen Lehrereorganisationen statt, dieser in Frankfurt, jener in Nizza, beide in den ersten Tagen des August. In Frankfurt tagte der NSLB. (NS-Lehrerbund) der, nachdem die Opposition einer mehr auf das Pädagogische bedachten Deutschen Erziehergemeinschaft durch administrative Ablehnung, politische Eingriffe und gelegentlich auch durch ein paar Zugeständnisse fast ganz erdrückt wurde, über neunzig Prozent aller deutschen Erzieher jeglicher Kategorie umfaßt. In Nizza versammelten sich die Delegierten des großen französischen Syndicat National des Instituteurs, das achtzigtausend Syndicat und Lehrerrinnen unter freigewerkschaftlichen Fahnen vereinigt.

Der Unterschied zwischen hellem Mittag und schwärzester Oktobernacht ist nicht größer als der dieser beiden Lehrertagungen, über die im folgenden etwas berichtet werden soll.

## Frankfurts „Sieg Heil!“

Frankfurt sah eine Parade, eine Reihe von Instruktionstunden, kein Wort der Debatte war zugelassen, keine Mißfallensäußerung. Nur der bestellte Beifall durfte ertönen. Die Frankfurter Tagung war eine Dokumentation jener erstaunlichen Unterwürfigkeit, die jene von Gangstern beherrschte Kolonie im Innern Europas trägt und lobt. Hier regierte das unsaubere Braun der Parteiuniform, die Fahnen des Rassenhasses, der Verleugnung von Geist, Europäertum, Wissenschaft und Freiheit. Den Vorsitz führte ein Mann, der seine Laufbahn als Fälscher begann. Das zentrale Referat hielt ein laibhaftiger aktiver Stabsoffizier. Von Niveau zu reden, wäre ein leichtfertiges Wagnis. So sehr verzichtete diese Tagung auf Gedanken. Für jeden gebildeten Menschen in der Welt ist die Stellung zu Goethe ein Maßstab, die Auseinandersetzung mit deutschen Geistesprodukten eine Voraussetzung. Hier aber herrschte eine Atmosphäre der Armut und der Würdelosigkeit. Kein Blick eines zukunftsfruchtigen Gedanken erhob sich, kein Leitwort eines deutschen Geistesträgers ward zitiert. Bei dieser gänzlichen Abwesenheit und Ausschlossenheit von Ideen, ja — im wörtlichsten Sinne des Wortes — einer Weltanschauung, geriet es dann nur noch bis zum Lobpreis des Charakters. Das, was Heine schon genial verspottet hat, diese Erfindung einer scheelsüchtigen Impotenz: die Antithese von Talent und Charakter feierte fröhliche Urständ. Der leere Kopf pochte wieder auf sein volles Herz, die Uniform, die Partei war Trumpf. Wie lange man organisiert, in welchen Schladten des Weltkrieges man sich geschlagen, welchen Orden man errungen habe, so wurde nach den Voraussetzungen für neue pädagogische Führerschaft gefragt. Welche dem wahren Talent! Es geriet sofort in den Verdacht eines schlechten, unvaterländischen Charakters.

Im Einzelnen wurden die rednerischen Unkosten der Tagung bestritten von Hans Schemm, dem hessischen Gauleiter Ringhausen, den Universitätsprofessoren Dresel und Kriek, dem Oberstleutnant Stemmermann, dem Stadtschuldirektor Bauer, dem Ministerpräsidenten, Lehrer a. D. Klages und schließlich von dem Reichsbildungsminister Rust höchstpersönlich.

Schemm hielt eine schwülstige Gedenkrede auf Hindenburg. Doch werde aus Gräbern neues Leben „sprudeln“. Ringhausen pries das oberste Gebot der Disziplin. Dresel sprach gegen den „materialistischen Bildungswahn“. Wesentlich sei nur die Charaktererziehung. Aller Erziehungserfolg sei rassistisch bedingt. Ziel der Erziehung sei, den Instinkt für die Erhaltung der Rassenqualität des Volkes zu wecken, worin uns die Minderwertigkeit dieses Zieles genügend eingestanden zu sein scheint.

Kriek verlangte, daß alle Schulen in die gleiche weltanschauliche Sinnrichtung zu bringen seien. Erst der kommende Lehrer, für den an anderer Stelle der Leiter der preußischen Lehrerausbildung, Professor Bargheer, Zucht, Schliff und Drill als oberste Erziehungsgrundsätze gefordert wurde, werde den neuen Aufgaben voll gewachsen sein. Was dem Herrn Vortragenden durchaus zu glauben ist; bisher ist die Lehrerschaft immer noch zu sehr von Wissen und Freiheitsbedürfnis schamvoll belastet.

Oberstleutnant Stemmermann erklärte, daß ein gemeinsamer Blutstrom, eine gemeinsame gleiche Denkungsweise den Führer, die Männer der nationalen Revolution und das Heer verbindend. Der Staat habe nun die Formen seiner Erziehung so gewählt, daß sie als Vorstufe für den von allen körperlich Tauglichen zu verlangenden Heeresdienst dienen könnten. Hiernach ist der „innere Soldat“ das Ziel der Schulerziehung.

Zu einer Schlußansprache raffte sich der Reichsbildungsminister Rust auf. Er wiederholte, der neue Lehrer sei nicht da. Die neue deutsche Schule werde ihre Inhalte bestimmt erhalten durch die neue Charakterbildungsbestimmung durch die neue Charakterbildung (Zucht, Schliff, Drill). Es komme nicht darauf an, daß der Lehrer gute Kenner der Geschichte sei, wesentlich sei nur der deutsche Standpunkt. Der Erzieher habe sich auf Blut und Rasse, Volk und Boden zu besinnen. Der Minister betonte endlich, daß er keine andere Lehrerorganisation kenne und zur Mitarbeit heranziehe als die der Partei.

Schemm brachte schließlich ein Siegel auf den Führer aus. Dann strömte die Versammlung auseinander, wobei mancher sich wohl in Scham erinnerte an frühere Tagungen deutscher Lehrerschaft mit ihren Aufgeboten an glänzenden Zielstellungen und kämpferischer Intensität.

## Die französischen Lehrer

Die Tagung in Nizza war im Gegensatz zu dieser Demonstration Befehlener und Erniedrigter von höchster Spannung, von Zukunftsgewißheit und Kampffreude erfüllt. In Nizza erarbeitete sich die großenteils junge Elite der französischen Lehrerschaft das Kampfprogramm des nächsten Jahres. Die Versammlung war eine unendliche Be-

glückung für den Freiheitsliebenden. Ueber hundert Delegierte aus allen Departements sprachen mit größter Präzision zu den aufwühlenden Themen des Kongresses. Die französische Lehrerschaft geht an die von den deutschen Lehrern vergessene Aufgabe mit Entschiedenheit heran. Wenn man den Deutschen den Vorwurf machen muß, daß sie die krisengetriebene Jugend ziellos gelassen haben, daß sie die Zukunft der Arbeiterklasse nicht sehen wollten, so finden wir hier in dem hohen Maße klassenkämpferischen Solidarität, Beweglichkeit, Tatbereitschaft und Tat. Wie oft haben Bürokratismus und Beamtenökonomie in Deutschland gehemmt, wie kläglich ergab sich die deutsche Lehrerschaft den Feinden der Freiheit! Hier aber sind Klarheit und Aktivität, nicht nur jener dumpfe Kongreßbrauch im Bewußtsein imponierender Organisationsziffern, wie wir ihn kennen aus den Jahren 1927 bis 1930.

Zweitausend Delegierte im sonnüberglänzten Festpalast zu Nizza mit ihrem Büro, in dem sich Fähigkeit und Leidenschaft sozialistischer Gesinnung verbanden, aus dem die Namen Lapiere, Dumas, Delmas, Vivés, Giron, Cavalier noch oft zu hören sein werden. Vier volle anstrengende Tage Arbeit ohne eine Minute der Langweile.

Es ist nicht Sinn dieser Zeilen, den ganzen Verlauf der Debatten im Einzelnen zu berichten. Es genügt die Kennzeichnung der großen Linie, der Themen, der Atmosphäre, der Höhepunkte, an denen die Internationale erklang, das Lied der Zukunft, der Klasse von morgen.

Die französischen Lehrer haben genau wie seinerzeit die deutschen ihren Lebensstandard zu verteidigen. Sie tun das auch wirklich, nicht nur papieren, verhandelnd. Sie kennen sich zum 12. Februar, dem Tage des gewerkschaftlichen Generalstreiks, obschon die Gewerkschaftsrechte der Beamten in Frankreich kein gesetzmäßiges Fundament haben. Sie wissen, daß die Beamten nicht allein sich selber verteidigen, daß die Kürzung der Gehälter nur den Anfang bedeutet zum Lohnabbau auf der ganzen Linie. Sie kämpfen mit dem Bewußtsein Vortrupp zu sein, mit dem Willen, mitzureißen, sie unterstützen jeden Kampf jeder proletarischen Gruppe aktiv. Wo waren in Deutschland die Beamten, die jene entscheidende Kampfphase des großen Metallarbeiterstreiks erkannten?

Besonders die jungen Lehrkräfte in Frankreich haben geradezu klägliche Gehälter. Umso höher sind die Opfer zu veranschlagen, die sie bekämpfen und bringen für internationale Solidarität, zur Bekämpfung des Faschismus auf dem Lande, für ihre ausgezeichnete dafür bestimmte Wochenzeitung „La Terre“, für den Kampf gegen den Krieg, für internationale Beziehungen! Im Vorjahre wurde beschlossen, im Kriegsfall in den Generalstreik zu treten und dafür zu werben. In diesem Jahre wurde das Kampfprogramm präzisiert: Kampf dem Faschismus mit allen Mitteln, Einsatz der Organisation, Einheit mit allen Kampfwilligen. Der ganze Kongreß nahm teil an einer machtvollen Einheitsdemonstration der Nizzaer Arbeiterschaft gegen den Faschismus, Lieder, rote Fahnen, herzliche Einmütigkeit. Was waren wir wenigen hundert Lehrer in den Maiaumgängen des roten Berlin!

Die Kirche kämpft gegen die französische Laienschule. Sie hatte in gewissen Bezirken schon erstliche Erfolge. Die neuen Spardekrete verengen den Raum der Staatsschule erneut. Doch auch die von der laikalischen Lehrerschaft erhobene Kraft der Folge. In dem schwarzen Elsaß-Lothringen wurde mit der Ver-Guy la Chambre der Laienschule eine schöne Bresche geschlagen. Der Kampf scheint nicht aussichtslos.

In den Mitteltagen des ganzen Kongresses drängte sich das Thema der gewerkschaftlichen Einheit, der Einheit der kämpfenden Klasse, Einheit der Lehrerschaft. Die kommunistisch gerichteten Lehrverbände tagten gleichzeitig in Montpelier. Von da aus kam eine Delegation nach Nizza, herzlich empfangen. Es begann eine mit Leidenschaft geführte, die uns allen bekannten Fragen, die Hemmnisse der Einigung bedeutende, nicht umgehende Debatte, die mit dem einstimmigen Entschluß endete, die Einheit der klassenbewußten Lehrerschaft, damit die überwiegenden Mehrheit der französischen Lehrerschaft sofort herzustellen. Der Vorstand wurde unter begeisterter Zustimmung beauftragt, die Vereinigung — eine sofortige, loyale, völlige — zu bewerkstelligen unter Wahrung folgender Grundsätze:

1. der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit von Regierungen, politischen Parteien, weltanschaulichen und religiösen Organisationen,
2. der gewerkschaftlichen Demokratie, die Meinungsfreiheit und Äußerungsrecht auch der Minoritäten umfaßt,
3. der Disziplin in der Aktion.

Die kommunistischen Delegierten, die einen vorzüglichen Eindruck machten, versprachen schnellstens einen endgültigen Beschluß, der mittlerweile gefallen ist. Es ist anzunehmen, daß schon im Oktober die Einheit verwirklicht wird. Damit beginnt dann ein neuer Abschnitt gewerkschaftlichen Kampfes.

Auf dem Kongreß erhielten auch das Wort Vertreter der verbündeten freien Gewerkschaften, der englischen Lehrerverbände, ein deutscher Lehrergenosse, der den Dank seiner Kameraden für die solidarische Hilfe der französischen Organisation und das Gelübnis unermüdlicher Weiterarbeit brachte. Zum Schluß wieder die Internationale, die über alle Nationen hinwegreicht, in der der Glaube klingt an die ewig siegreiche Humanitas, die zu Schwur und Bekenntnis erklang für das kommende kampfreiche ernste Jahr.

Zum Bild des Kongresses gehört auch die Hege, die anschließend begann in den bürgerlichen Blättern des In- und Auslandes, die Ankündigung der Regierung, die Reden des Kongresses überprüfen zu lassen und eventuell Sanktionen zu ergreifen. Es wurde aber nichts anderes geredet und beschlossen als mit dem Ziel, das Erbe der großen Revolution seitensprechend zu sichern und, sofern schon verloren, wieder zu gewinnen.

## Der deutsche Jude spricht:

An meiner Wiege stand das deutsche Wort und wuchs mit mir und wuchs in mich hinein. Wir waren Zwei und waren doch nur Ein und dachten: niemals würd' es anders sein, ich und das deutsche Wort.

Es kam der Tag — da stieß das Volk mich fort, das Volk, das, ach, die gleiche Sprache spricht. Man gab mir, wie man's nennt, den Abschied schlicht. Nein mehr; man schlug mich mitten ins Gesicht und hegte mich mit Hunden von dem Ort.

Nun ist das Tuch zerschnitten hier und dort, und, die klein Leben zudeckt, eine Kluft. Die alte Welt mich fort — die neue Welt ruft. Doch, wenn ich sterbe, schreibt auf meine Gruft: „An meiner Wiege stand das deutsche Wort...“ G. M.

## Ein Amt braucht Platz

Bücherschicksal im „dritten Reich“

Die staatliche Kunstbibliothek in Berlin wurde vor kurzem geräumt. Die überaus wertvollen Bestände der sorgfältig geführten reichhaltigen Bibliothek wurden einfach aus den Regalen gerissen und wahllos in einem Lichthof aufgestapelt. Diese Barbarei mußte geschehen, um einem „staatspolitischen Amt“ Platz zu schaffen. Welches Amt da Platz gebraucht hat, ist aus den Veröffentlichungen nicht zu ersehen. Die verschiedensten Kunstgewerbezeitschriften stellen kläglich die Tatsache fest. Alle Interventionen, um die Bibliothek vor den braunen Barbaren zu retten, blieben vergeblich. Während die Kunstzeitschriften wenigstens noch den Mut aufbringen zu jammern und von dem „staatspolitischen Amt“ zu sprechen wagen, in dessen Namen eine der besten Fachbibliotheken Deutschlands ruiniert wird, sagt die „Zeitschrift für Bücherfreunde“ einfach: „Die staatliche Kunstbibliothek in Berlin wurde bis auf weiteres geschlossen. Die Bestände sind im Lichthof des ehemaligen Kunstgewerbemuseums magaziniert. Die Anschrift der Direktion lautet: Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 7.“ Die „Zeitschrift für Bücherfreunde“ formuliert ihre Schwermut schlecht, obwohl gerade sie auf genaue Leser gefaßt sein müßte, denn aus ihrer Verlautbarung erkennt man, daß nicht nur die Bibliothek, sondern das gesamte Kunstgewerbemuseum „magaziniert“ wurde. Magaziniert zu werden, ist überhaupt das Schicksal der ganzen deutschen Kultur.

## Als dem Fremden die Uhr gestohlen wurde...

In England schrillten die Telefonglocken von Scotland Yard, ein Heer von Detektiven spürte Tag und Nacht, bis das Hoteldädchen die Uhr in der Nachtschublade fand, wo der Fremde sie liegen gelassen hatte.

In Frankreich wurden Haussuchungen bei drei Freudenmädchen und vier prominenten bürgerlichen Politikern vorgenommen. Sie förderten insgesamt 62 gestohlene Uhren zutage, die des Fremden war leider nicht darunter.

In USA telefonierte der Polizeichef den Führer der zuständigen Gangsterbande an, der gegen ein Lösegeld von 50 Prozent des Wertes die Uhr dem Bestohlenen zurückerstattete.

In Rußland wandte sich der Chef der Justiz an den Chef des ökonomischen Direktors, der seinerseits den Uhrentrust beauftragte, dem Fremden eine neue Uhr anzufertigen. Leider war bei dessen Abreise die Anweisung noch nicht durchgekommen.

In Oesterreich kam es zu einem blutigen Gefecht zwischen regierungstreuer Heimwehr, rebellierender Heimwehr und als Regierungstruppen verkleideter Nazis um den Besitz der Uhr. Polizei und Bundesheer mußte die Kämpfenden trennen. 8 Tote, 17 Schwerverletzte.

In Deutschland mußte der Fremde vor seiner Ausreise einen Revers unterschreiben, daß ihm nichts gestohlen worden sei. Mucki.

## Göring — ganz reizend

Aus der Deutschen Allgemeinen Zeitung: „Am Freitag in der dem siamesischen Königspaar der Besuch bei Göring in der Schorfheide gefallen. Der König und insbesondere die Königin kamen immer wieder darauf zu sprechen. Göring bemühte sich nach Kräften um seine Gäste. Er veranstaltete ein Bogenschießen mit dem jungen Prinzen und kutscherte selbst die Königin, die neben ihm auf dem Bock des Pferdewagens saß, durch den Wald zum Wisentgehege. „Ist Mr. Hitler auch so reizend wie Mr. Göring?“ fragte die siamesische Hofdame auf der Rückfahrt von der Schorfheide.“

## Ihering lacht

Im „Berliner Tageblatt“ schreibt Herbert Kriming über einen Theaterabend: „Die vier Akte dieses „Kriminalstücks mit Musik und Tanz“ wurden durchgelacht... Worin besteht die Wirkung? Zuerst einmal in der Bereitschaft des Publikums, heute unter allen Umständen zu lachen. Es stürzt sich mit Wollust in die Heiterkeit, nimmt schon jeden halben Wit dankbar entgegen und ist gespannt, sich zu entspannen. Nicht als ob der Zuschauer völlig unkritisch geworden wäre. Durchaus nicht...“ Nur einer ist unkritisch geworden: Ihering, gegen sich selbst. Er, der 1932 eine „Ehrentafel“ derjenigen auftrichten wollte, die gegenüber dem Nationalsozialismus „festgeblieben sind“, ist heute Theaterkritiker des gleichgeschalteten „Berliner Tageblatts“.

## Gedruckt wie gelogen

Ein Mann namens Erich Unger hat innerhalb der „Forschungsberichte zur Wissenschaft des Nationalsozialismus“ eine Bibliographie zu „Das Schrifttum des Nationalsozialismus“ erscheinen lassen. Er verzeichnet 3000 Titel.

## Wie ich Hauptmann von Köpenick wurde

Von Wilhelm Voigt

Wilhelm Voigt hat mit der Erzählung der „Köpenickiade“ begonnen. Er schildert, wie er in Hauptmannsuniform das Rathaus besetzte, den Bürgermeister festnahm: „Auf Allerhöchsten Befehl!“ Dann ging es in den untersten Stock: zum Stadtkämmerer. Immer war er begleitet von der Mannschaft, die ihm auf jedem Wege und allen seinen Anordnungen blindlings gehorchte.

Der Posten ließ ihn nicht hinaus, erklärte er mir und bat mich, ihn doch zu beurlauben, da er baden müsse.

Da mir dies wirklich dringend nötig erschien, so bekam er seinen Urlaub. Und wie es schien, war es tatsächlich eine große Wasche, die er veranstaltete, denn ich bekam ihn nicht wieder zu sehen.

Nachdem so auch dem Humor sein Recht geworden, trat wieder der ganze Ernst der Situation an mich heran, und ich suchte den stellvertretenden Bürgermeister auf.

Unterwegs trat ein Kassenbote an mich heran, der Geldpostsachen im Werte von ca. 1200 Mark von der Post holen wollte. Ich ließ ihn zunächst nicht passieren, da die Angelegenheit für mich von keinem Belang war, und betrat das Kassenzimmer, in welchem ich den stellvertretenden Bürgermeister zu finden glaubte.

Es waren vier Herren in dem Zimmer, und da ich nicht wußte, welcher von ihnen der Rendant war, auch nicht alle vier verhaftet wollte, so beschloß ich, sie in ihren Zimmern zu beschäftigen.

Ich ersuchte die Herren also, sich zunächst auf ihre Arbeitsplätze zu begeben, denn sie waren aus Neugier zusammengetreten und besprachen eingehend die ihnen unbegrifflichen Vorgänge im Rathaus. Die Herren verfügten sich nun jeder an sein Arbeitspult, und ich fragte:

„Wer ist hier der Kassendirektor?“

Darauf erfolgte von einem Platte die Antwort: „Ich!“ Ich teilte dem Herrn wie den beiden vorher Verhafteten mit, daß ich Befehl hätte, ihn nach Berlin zu schaffen, und daß er deshalb seinen Kassenabschluß machen solle.

Er war zunächst auch dazu bereit, bemerkte aber, er müsse das Geld dazu von der Post haben, ich hätte seinen Kassenboten nicht durchgelassen.

„Nun, wenn Sie das Geld haben müssen, so mag er es holen!“

Ich gab Befehl, den Mann passieren zu lassen, und wollte mich eben selber entfernen, als der Rendant mir die weitere Frage vorlegte, wie ich den Kassenabschluß wünsche und in welcher Weise er das Geld aufzählen solle.

Ich antwortete ihm, mir wäre das höchst gleichgültig, er möge es so machen, daß eine Übersicht vorhanden wäre, aus der ich ersehen könne, daß die Abrechnung auch stimme.

Vor die Tür stellte ich als Posten den Gefreiten vom 4. Garderegiment, der früher das Kommando der Wache geführt hatte, und ich begab mich nun in die oberen Räume zurück, um sie etwas eingehender zu untersuchen.

Als ich die Treppe hinaufschritt, kam plötzlich der Rendant in Begleitung eines Postens hinter mir her und sagte mir:

„Herr Hauptmann, ich kann den Kassenabschluß nicht machen. Ich muß dazu Befehl vom Herrn Bürgermeister haben.“

„Das brauchen Sie ja auch nicht!“ antwortete ich ihm, „wenn Sie den Abschluß nicht machen wollen, so lasse ich Sie sofort abführen und den Kassenabschluß von einem anderen Beamten besorgen!“

„Nun,“ sagte er, „dann will ich es allerdings tun!“

Ich entließ ihn mit seiner Begleitung und begab mich nach oben.

### Der Bürgermeister von Köpenick

Da das Zimmer des Bürgermeisters nicht geschlossen war, trat ich ein, um zu sehen, was darin vorging.

Hier trat mir der Herr Bürgermeister entgegen und bat mich, daß ich ihm einen Diener zur Besorgung des Gepäcks zur Verfügung stellen solle.

Ich erklärte ihm, da er einen eigenen Diener nicht hatte, daß ich ihm unmöglich einen Polizeibeamten der guten Stadt Köpenick mitgeben könnte; dagegen solle sein Gepäck von meinen Grenadiern befördert werden.

Dann wünschte er seine Frau zu sprechen. Auch diesen Wunsch erfüllte ich ihm.

Ich betrat wieder den Korridor und beauftragte einen Beamten, die Frau Gemahlin des Herrn Bürgermeisters herabzubitten.

In wenigen Minuten war sie zur Stelle, und ich teilte ihr in höflicher Weise mit, daß ich genötigt sei, ihren Herrn Gemahl nach Berlin zu schaffen, daß sie aber, solange er noch hier wäre, ungestört und ungehindert mit ihm verkehren dürfe.

Ich führte sie nun selbst in das Zimmer zu ihrem Gatten und begab mich wieder nach unten.

Auf dem Korridor angelangt, hatte ich zunächst eine Anzahl Bescheide in Verwaltungssachen zu erledigen, denn sämtliche im Hause arbeitenden Beamten waren sehr neugierig und suchten in der Form von dienstlichen An- und Vorträgen mit mir in Verbindung zu treten, nur um mit mir bekannt zu werden.

Ich erledigte alles stehenden Fußes!

Unterdessen hatte sich auch draußen eine große Volksmenge versammelt, und während ich die Posten revidierte, meldete sich auch der Oberwachmeister des Kreises Teltow, der zufälligerweise nach Köpenick gekommen war, zum Dienst. Das kam mir natürlich sehr gelegen, denn dadurch wurde meine Position wesentlich verstärkt.

Ich war eben wieder in das Rathaus zurückgekehrt, als der Gefreite mir meldete, draußen stände wieder eine Anzahl von Herren, die in dienstlichen Angelegenheiten ins Rathaus eingelassen zu werden wünschten.

Es war, wie es sich herausstellte, der größte Teil der Stadtverordneten und Stadträte Köpenicks, die sich zu zwei getrennten Sitzungen im Rathaus einzufinden hatten.

Ich wollte sie zunächst nicht eintreten lassen, aber da sie sich darauf beriefen, daß die Sitzungen unter allen Umständen abgehalten werden müßten, ließ ich sie schließlich doch durch, indem ich sie einzeln hineinzählte.

Augenblicklich ist es mir nicht mehr gegenwärtig, ob es vierzehn oder achtzehn waren.

Jedenfalls bestätigte mir der letzte Eingetretene, daß die Zahl richtig sei. Ich konnte mich doch eines innerlichen Lächelns nicht verwehren, wenn ich diesen Vorgang mit „analogen“ auf den Gutshöfen verglich.

Als ich nun wieder zurückkehrte, meldete mir der vor dem Kassenzimmer stehende Posten, daß die Herren sich in auffälliger Weise an ihren Pulken zu schaffen machten. Das wäre doch nicht in der Ordnung.

Um zu sehen, worauf sich die Meldung bezog, betrat ich zum zweiten Male das Kassenzimmer.

Da kam der Herr Rendant an mich zu und sagte mir: „Herr Hauptmann, ich kann doch auf Ihren Befehl den Kassenabschluß nicht machen, sondern nur auf den des Herrn Bürgermeisters!“

Hierauf erwiderte ich ihm:

„Der Herr Bürgermeister ist verhaftet ebenso wie Sie selber!“

und er kann Ihnen darum keine Befehle mehr geben. Die Verwaltung der Stadt ruht jetzt in meinen Händen. Für alles, was vorkommt, bin ich verantwortlich! Ich glaube deshalb, daß Sie auf meinen Befehl den Kassenabschluß doch machen werden, denn es ist doch kaum anzunehmen, daß Sie nach Berlin gehen und hier alles in der größten Unordnung zurücklassen werden!“

„Nun, dann will ich auf Ihren Befehl den Kassenabschluß machen, aber auch auf Ihre Verantwortung!“

„Die Verantwortung übernehme ich!“

Als ich mich eben umwandte, um das Zimmer zu verlassen, rief er mir noch nach:

„Ja, Herr Hauptmann, dann müssen Sie aber auch die Sparkasse übernehmen, das ist auch eine städtische Kasse!“

Ich beachtete das nicht weiter und besuchte zunächst das Zimmer des Polizeinspektors, um mich einmal zu überzeugen, ob ich vielleicht da einigen Anhalt für meine Recherchen fände. Aber das Zimmer war ziemlich leer, und so wollte ich wieder nach oben steigen, als mich der Stadtwachmeister aufsuchte und sich bei mir meldete.

Nach einigen Bemerkungen, die sich auf Dienstangelegenheiten bezogen, fragte ich ihn, ob er geneigt wäre, seinen Bürgermeister nach Berlin zu transportieren und ob ich ihn ihm anvertrauen dürfe?

Mit Feuereifer ging er darauf ein und versicherte mir seine volle Zuverlässigkeit.

Ich beauftragte ihn zunächst, von einem Fuhhalter in Köpenick drei Wagen, womöglich gedeckt, zu beschaffen.

Kurz hinterher, nachdem ich noch verschiedene städtische Angelegenheiten erledigt hatte, kam ein junger Mann und legte mir seinen Militärpaß zur Einsicht vor. Als ich dieses Büchlein in die Hand nahm, erinnerte ich mich plötzlich des Augenblicks, in welchem ich meinen Paß in Tilsit in Empfang genommen hatte. Ich hatte ihn nicht im Polizeisekretariat, sondern im Sekretariat des Landratsamts empfangen und wußte nun,

daß ich vergeblich nach Köpenick gegangen war.

Ein Landratsamt ist in Köpenick nicht vorhanden, sonst hätte ich sofort die ganze Geschichte im Landratsamt wiederholt.

So aber blieb mir hier nichts weiter übrig, als allmählich abzubrechen und die Mannschaft nach Berlin zurückzuschaffen, denn eine weitere Reise nach Fürstenwalde schien mir doch etwas bedenklich.

Noch überlegend, wie ich jetzt weiteragieren sollte, schritt ich wieder die Treppen hinauf.

Auf dem Flur meldete mir der Posten, daß dem Bürgermeister der Kaffee gebracht worden wäre, ob er den genießen dürfe. Selbstverständlich gab ich hierzu meine Erlaubnis und betrat noch einmal sein Zimmer, um mich mit ihm ein bißchen zu unterhalten.

Darauf bat mich seine Frau, daß ich ihr gestatten möge, mit ihren Freundinnen außerhalb des Rathauses zu verkehren, ihrer Wirtschenschaft wegen. Auch diese Bitte gewährte ich ihr, und als sie dann weiter bat, bis zum letzten Augenblick bei ihrem Mann bleiben zu dürfen, machte ich ihr den Vorschlag, sie möge ihren Gemahl selbst nach Berlin begleiten. Nur wünschte ich nicht, daß sie bei der Neuen Wache ansteige. Sie war darüber sehr erfreut; und um auch für das zurückbleibende Kind in genügender Weise sorgen zu können, gestattete ich ihr noch weiter den Verkehr mit einem Stadtrat, der ihre dahingehenden Aufträge in Empfang nahm.

Wie mir schien, hatte der Herr Bürgermeister, während der Zeit, da ich nicht bei ihm war, die Sache nach allen Seiten erwogen. Er legte mir nämlich nach einer Einleitung die Frage vor — in Form einer Bitte —, ob ich ihm nicht beweisen wolle, daß ich zu seiner Festnahme, die doch in ungewöhnlicher Form vor sich gehe, auch berechtigt wäre.

Ich drehte mich mit einer halben Wendung nach rechts, zeigte mit der Hand auf die drei draußen stehenden Soldaten und sagte:

„Nun, ich glaube, ich bin bei Ihnen doch legitimiert genug!“

Für einen Nichtoffizier ist diese Handlungsweise unverstänlich und gibt Anlaß zu der Vermutung, daß ich dem Bürgermeister mit den Waffen habe drohen wollen. Ein Offizier konnte in diesem Irrtum nicht verfallen, denn es waren vertreten: die Uniform des ersten Garderegiments, das nach Potsdam gehört, die Uniform des vierten Garderegiments und die Uniform des Garderegiments, das in Berlin steht. Ein Offizier der Potsdamer Garnison kann aber zu einer Diensthandlung in und um Berlin, sofern er sich der Mannschaft aus einer Berliner Garnison bedienen muß, diese nur durch die Stadtkommandantur erhalten haben.

Mithin konnte jemand, der diese Vorschriften kannte, an meinem dienstlichen Auftrage nicht zweifeln. Ich war also dadurch allein dem Bürgermeister, der, wie ich später erfuhr, Leutnant der Reserve ist, genügend legitimiert.

Ob der Herr meine Handlungsweise in diesem oder in anderem Sinn gedeutet hat, weiß ich nicht. Da er ganz geknickt schien, tat er mir wirklich leid, und ich begann ihn nach seiner früheren Lebensstellung zu befragen. Dadurch erfuhr ich, daß er Leutnant der Reserve sei. Ich sagte, um ihn zu beruhigen, daß man ihm in Berlin wohlwolle; sonst würde man nicht, um einen Leutnant zu verhaften — einen Hauptmann schicken!

Als dann forderte ich ihm sein Ehrenwort ab, keinen Fluchtversuch zu machen. Er gab es mir auch bereitwillig. Sodann verließ ich ihn wieder für einige Zeit. Als ich aber später zurückkehrte und er etwas zudringlicher an mich herantrat, verwies ich dies ihm mit den Worten: „Sie wissen, Herr Bürgermeister, daß ich Sie bis jetzt sehr freundlich behandelt habe! Es wäre mir leid, wenn ich anders auftreten müßte! ... Aber ich kann Sie auch härter behandeln: ich kann Sie zum Beispiel in den Keller führen und einsperren lassen!“

Das machte ihn denn doch etwas stutzig, und er ließ es dann auch nicht darauf ankommen. Mir war das sehr lieb, denn wenn ich auch meine Stellung im Rathaus — schon mit Rücksicht auf meine Mannschaft — absolut wahren mußte, so wollte ich mich doch von jeder unnötigen Härte freihalten, wie mir das ja glücklicherweise auch durchaus gelungen ist.

### Der Kassensturz

Ich übergebe die einzelnen Szenen, die sich noch weiter im Innern des Rathauses abspielten, und bemerke nur noch, daß sich unterdessen auch ein stellvertretender Bürgermeister bei mir einfand. Das geschah so: es hatten sich die Stadtverordneten, Stadträte und städtischen Beamten, soweit sie im Rathaus anwesend waren, auf die Gänge hinausgewagt und beobachteten aus den Winkeln heraus die weitere Entwicklung der Affäre mit der gespanntesten Aufmerksamkeit.

Ich mußte wiederholt die Herren darum ersuchen, sich in ihre Zimmer und an ihre Arbeit zu begeben.

Als nun wieder einmal eine solche Gruppe sich gebildet hatte, löste aus derselben sich ein Herr und ging die Treppe hinunter auf mich zu.

Vor mir angekommen, stellte er sich als den stellvertretenden Bürgermeister vor und wünschte zu wissen, ob ich nicht irgendwelche Aufträge für ihn hätte.

Ich zog die Briefe, die ich geöffnet und gelesen hatte, aus der Tasche und überwies sie ihm zur weiteren Bearbeitung.

Auf seine Frage, ob ich denn von allem Eingehenden Kenntnis nehmen würde, sagte ich:

„Natürlich, solange ich hier bin, geht alles durch meine Hände!“

„Haben Sie sonst noch etwas zu befehlen, Herr Hauptmann?“

„Nein, wenn ich Sie brauche, werde ich Sie rufen lassen, jetzt können Sie gehen!“

Er kehrte zu den Herren zurück und stattete, wie mir schien, Bericht ab.

Unterdessen hatte mir der Stadtwachmeister die Meldung gemacht, daß die Wagen da wären.

Ich beschloß, das Spiel zu beenden, indem ich den Bürgermeister und den Rendanten nach Berlin abführen ließ. Das tat ich aber, um der Mannschaft den Weg nach Berlin freizuhalten, da ich selber nicht bei ihr bleiben, auch nicht voraus wissen konnte, was in meiner Abwesenheit passierte.

Um alles nötige Aufsicht zu vermeiden, hatte ich die Kutschen in den Hof des Rathauses hineinfahren lassen.

Ich stieg die Treppe hinunter und kümmerte mich nicht weiter um das Einsteigen, sondern überließ die Aufsicht dem dort postierten Grenadier.

Ich selbst begab mich ins Kassenzimmer, um auch dem Rendanten die Bestimmung über seine Abreise mitzuteilen.

Zu meinem Erstaunen trat er auf mich zu und bat mich, an den Tisch zu treten, auf dem er die Tageskasse im Betrage von 4000 Mark aufgezählt hatte.

Dabei ersuchte er mich, ich sollte die Kasse übernehmen!

Ich war ganz erstaunt darüber, denn ich hatte mit keinem Worte und mit keiner Silbe geäußert, daß ich die Kasse übernehmen wollte. Sie wäre ohne diese Ueborgabe ruhig in Köpenick geblieben. Darauf legte mir der Rendant einen Schein vor und bat mich, denselben zu unterschreiben.

Sowohl der Rendant wie ich waren über den Zweck dieses Scheines der gleichen Ansicht. Er wünschte nämlich, einen Revers darüber zu haben, daß der Kassenbestand richtig vorhanden war, und ich wollte ihm bescheinigen, daß es so sei. Es war das eine rein formelle Sache, der ich bis hierher noch gar keine weitergehende Bedeutung beilegte.

(Fortsetzung folgt.)



## Ein Schweizer berichtet Auf Urlaub in Deutschland

Siehe „Deutsche Freiheit!“  
Ein eifriger Leser Ihres Blattes und erlaube mir, von meinen Ferien, die ich teils in Holland, teils am Niederrhein und Westfalen verbrachte, einige Eindrücke zu schildern als arischer Auslandsdeutscher und schon mehr als 10 Jahre in der Schweiz. Man hört und liest so viel über das „dritte Reich“. Um mich über die Stimmung im großen Ranton, wie man bei uns sagt, zu überzeugen, war ich 10 Tage in Deutschland. Da ich noch zahlreiche Verwandte und Bekannte habe, war es mir ein Leichtes, in vielem eingeweiht zu werden. Was mir, vorweggenommen, bei der Abstimmung am 19. August auffiel, das waren die wenigen „Rein“-Stimmen im Verhältnis zur Stimmung unter den Leuten. Ob Fassungen vorgenommen wurden oder ob viele aus Furcht „Ja“ stimmten, oder ob beides der Fall war, entzieht sich meiner Kenntnis. Auf alle Fälle kann ich sagen, daß die weißen Leute, mit denen ich zusammen kam, und es waren nicht wenige, „Miesmacher“ und „Deyer“ waren und nicht nur unter den Arbeitern.

Eine Ähnlichkeit von mir war, daß ich Ausschnitte aus der „Kaffler Nationalzeitung“ und der „Deutschen Freiheit“ mitnahm. Mein Onkel, wohnhaft in einer kleinen Industriestadt von etwa 10.000 Einwohnern am Niederrhein, hatte Beziehungen zu vielen Bürgern, und so kam es, daß die Zeitungsausschnitte nicht nur von meinem Onkel, sondern auch von anderen „zuverlässigen“ Leuten gelesen wurden. Feler waren auch ein Polizeikommissar, dann auch der Kapellmeister der S.A.-Standorte, vor einem Jahr noch fanatischer Anhänger des Sokems. Natürlich sah ich auf Radeln, trotzdem mir mein Onkel versichert, ich könne unbedorft sein.

Alles jammerte. Die Angst vor dem Winter ist groß. Was sonst geschimpft wurde, ging auf seine Ruhhaut. Ich besuchte auch einen Onkel in . . . Er war früher kaufmännischer Angestellter in einer Maschinenfabrik, aber nun seit mehr als 2 Jahren stellenlos. Seine Unterstüßung besträgt (er ist verheiratet) ganze 12,00 Mark die Woche. Da er beim „Stahlhelm“ ist, außerdem ein Geometer der Regierung, ist es für ihn um so schwieriger, eine Stellung zu bekommen.

Einen Zwischenfall, der sich vielleicht auch für Ihr Blatt eignet, will ich schildern. Einem in den vierziger Jahren stehenden Herrn wurde, als er bei dem Hoch-Wesfel-Vied den Hut nicht schnell genug herunternahm, dieser runtergeschlagen. Als er nach dem Viede den 16-17jährigen Dittlerungen zur Rede stellte, schlug er dem Herrn mit der Faust auf die Nase. Die Wille ging in Scherben und verletzte ihn schwer. Blutüberströmte wurde der Herr von Sanitätern verbunden und weggebracht; unter den Anwesenden helle Empörung. Der Dittlerunge wurde „verhaftet“. Ein Schulbeispiel aus dem „dritten Reich“ . . .

## Zuchthaus für Schweizer Hochverräter

Berlin, 12. Sept. Wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Verbrechen gegen die Gesehe gegen die Neubildung von Parteien und zur Gewässerung des Reichsfriedens verurteilte das Volksgericht in Berlin den 23jährigen, aus Paris zugereisten Journalisten Rene Vertholet, einen Schweizer Staatsangehörigen, und seinen deutschen Verbindungsmann Siegfried Kay aus Berlin zu Zuchthausstrafen von 2 Jahren 6 Monaten und 3 Jahren. Vertholet hatte auf zwei Reisen aus französischen Emigrantenkreisen stammende „Heftungsblätter“ nach Deutschland eingeschmuggelt und hier mit Hilfe des Kay und weiterer vier Angeklagten (welche Gefängnisstrafen von neun Monaten bis zu einem Jahr sechs Monaten erhielten) verteilt lassen. In den Flugblättern wurde zur Sammlung der marxistischen Revolutionäre und zu ihrem Zusammenstoß in einer neuen Gewerkschaft aufgefordert, die den Sturz des nationalsozialistischen Regimes in Deutschland auf gewalttätigem Wege hätte vorbereiten sollen.

## Illegale Arbeit der Sozialdemokratie

A. Ph. Paris, den 12. September 1934.  
(Von unserem Korrespondenten)

Der „Antronskaant“, eine der meistgelesenen französischen Zeitungen, hatte vor einigen Wochen eine Artikelferie über die illegale Arbeit in Deutschland unter dem Titel „Das unterirdische Deutschland“ veröffentlicht. Die Darstellung war teilweise recht einseitig und insofern nicht ganz unbedenklich, weil man nur von der illegalen Arbeit der Kommunisten hörte und ganz verschwiegen wurde, in welcher hohem Maße auch die Sozialdemokraten im unterirdischen Deutschland schalten und walten. Es gibt sogar so weit, daß einzelne Schriften, die in Deutschland von der Sozialdemokratie verbreitet werden, den Kommunisten ausgeliefert wurden. Anscheinend ist das französische Blatt von Leuten, die wirklich in der illegalen Arbeit stehen, jetzt aufgestellt worden. Es erzählt zunächst davon, wie Katholiken, Monarchisten und Konservative nach besten Kräften alles tun, um das braune Regime zu unterminieren. Dann wird uns mit folgenden Worten von der Arbeit der Sozialdemokraten berichtet:

Von der unterirdischen sozialdemokratischen Propaganda habe man lange Zeit nur wenig gesprochen. Aber ihre Organisation trete von Monat zu Monat deutlicher und wirksamer in Erscheinung. Tatsächlich habe der Beginn des „dritten Reiches“ die Sozialisten überrascht. Die, die hauptsächlich die Republik von Weimar geschaffen hätten, die ihre Sünden und auch lange Zeit ihre Kyniker gewesen seien, hätten dadurch auch ihren revolutionären Charakter verloren. Ihre ganze Tätigkeit habe sich in voller Öffentlichkeit unter den demokratischen Freiheiten abgespielt, die sie geschaffen hätten. Hätte es denn auch anders sein können, da doch zu mindest bis zu Papens Staatsstreich gegen Preußen im Juli 1932 aus ihren Reihen Minister, Oberpräsidenten, Polizeipräsidenten und tausende höhere oder mittlere Beamten harrten . . .

Bei den Sozialisten habe während der ersten drei Monate nach dem Reichstagsbrand eine tiefe Verwirrung geherrscht, die damit zusammengehänge habe, daß sie zunächst noch nicht als politische Partei verboten gewesen seien. In der Tat seien sie schon erleichtert gewesen, aber sie hätten mit dem Zentrum und den anderen politischen Parteien noch die Illusion genährt, daß ihnen eine gewisse Aktionsfreiheit in der Legalität erwahrt würde und sie sich auf dieser Grundlage wieder aufrichten könnten.

Erst in der zweiten Hälfte 1933 habe ein Teil der sozialdemokratischen Führer begriffen, daß das eine Illusion sei und sich für das Urteil entschieden, um dort eine Geheimorganisation zu schaffen.

Anderer Führer hätten sich demgegenüber noch geweigert, einen so bitteren Entschluß zu fassen, und hätten noch gehofft, wo kein Grund zum Hoffen mehr gewesen wäre, sie seien sogar bereit gewesen, sich von ihren Genossen, die ins Ausland gegangen seien, loszulösen. Erst als Ende Juni die Sozialdemokratische Partei endgültig verboten worden sei, ihr Vermögen eingezogen, die optimistischen Führer, die in Deutschland geblieben seien (Köbe) verhaftet oder ermordet (Stellina) worden, sei die Situation klar geworden.

Damals habe die unterirdische sozialistische Propaganda einacient, es sei ihr Nachteil gewesen, daß sie so spät einsetzte und daß man in Deutschland wie im Ausland die Reizanna hatte, die sozialistischen Führer dafür verantwortlich zu machen, daß Hitler aus Mader gekommen sei. Aber trotz dieser doppelten Belastung, sagt „Antronskaant“, machten sich die sozialistischen Führer inbrünstig an die Arbeit. Mit dem Vermögen der Partei, das sie glücklich erreicht hatten, organisierten sie von Paris aus einen Propagandaapparat, von dem man sehr wenig wußte, aber der recht gut arbeitete und jeden Tag sich mehr ausbreitete. . . . Ueber die Art dieser Organisation im einzelnen zu reden, empfiehlt sich nicht, weil Göring und Himmler nur auf Indispositionen warten, die sie auf eine gute Spur bringen könnten.

Der Parteivorstand, der in Paris seinen Sitz hat, hat am 1. August herun in nächster Nähe der Grenze Stützpunkte geschaffen, von denen jeder einzelne einen bestimmten Abschnitt im Innern Deutschlands zu betreuen hat. Außer dem Wochenblatt der „Neue Vorwärts“, der vor allem zur Unterrichtung der in der ganzen Welt zerstreuten Emigranten und der internationalen Presse dient, gibt es auf sehr dünnem Papier und in sehr kleinem Format eine fotografierte Zeitung heraus, „Sozialistische Aktion“.

Zwischen den einzelnen Stützpunkten und den Industriezentren ist ein geheimer Kurierdienst ständig unterwegs, der es ermöglicht, daß in jeder Woche mehrere zehntausende Exemplare der „Sozialistischen Aktion“ zur Verteilung kommen, die dann unter zuverlässigen Leuten von Hand zu Hand gehen.

Außerdem kommt allmonatlich in Prag eine Nummer der „Zeitschrift für Sozialismus“ heraus, in der besonders die theoretischen und taktischen Fragen erörtert werden, die sich aus der neuen Situation ergeben. Ebenso erscheinen Broschüren usw.; alles das wird in geringerer Auflage nach Deutschland geschmuggelt, weil diese Dinge vor allem für diejenigen bestimmt sind, die in der illegalen Organisation führend tätig sind. Die sozialdemokratische Aktivität ist seit geraumer Zeit schon recht erfolgreich. Ihr großer Vorteil ist, daß sie in der Hand völlig zuverlässiger Menschen liegt.

Hauptächlich handelt es sich um verhältnismäßig junge Genossen, die aus den Reihen der Sozialistischen Arbeiterliga oder des Reichsbanners stammen, die mutig, ohne Unbekanntes, klug, ohne Furcht zu sein, die schon früher Vertrauensstellungen einnahmen, aber in dieser Eigenschaft den Behörden nicht bekannt sind. . . .

Man hat überhaupt die bekannten Funktionäre für die illegale Arbeit nicht herangezogen, weil man damit nicht nur diese selbst, sondern die ganze örtliche Organisation gefährden würde.

Eine neue Führergeneration hat sich gebildet und ist Tag für Tag tätig, aber politisch und technisch arbeitet sie, so gut es die Umstände erlauben, mit den im Auslande lebenden Führern zusammen.

Die Prager Exekutive ist gegenwärtig eine der über die Lage in Deutschland bestunterrichteten Zentren, und die monatlichen Berichte, die sie ihren Vertrauensleuten in den verschiedenen europäischen Hauptstädten zukommen läßt, bilden äußerst wertvolle Dokumente, die mit Tatsachen und Beobachtungen belegt sind, sowohl nach der politischen Richtung wie nach der wirtschaftlichen, sozialen und psychologischen Seite hin. Und trotz des Miskredits, in den die Sozialdemokratie im Laufe des Jahres 1933 kam, gewinnt sie dank ihrer Tradition und der Stärke, die sie sich erworben hat, langsam aber sicher an Boden.

Wir sahen, daß ihre Vertrauensleute vor allem zuverlässig seien. Und das unterscheidet sie ganz besonders von den Kommunisten, die unglücklicherweise eine ungläubliche Zahl von Parteispionen und Parteiprovolanten in ihren Reihen, sogar in ihren führenden Kreisen in Deutschland wie im Auslande haben. Damit hängen auch die furchtbaren Verluste zusammen, die die Kommunisten in diesem unterirdischen Kriege erleiden. Der unglückbare Heldennuß ihrer jungen Parteigenossen wird oft zum Spielball von Geheimagenten der Regierung. Die kommunistische Organisation hat im Laufe dieser letzten Monate ganze Defatome von Menschen verloren, und ihre besten örtlichen Geheimorganisations, wie zum Beispiel die Hamburger, sind wie Schnee im letzten Frühling dahinaufgeschmolzen. Sehr selten sind dagegen die Fälle von Verrat innerhalb der sozialistischen Geheimorganisation, deren Verluste, so schwerlich sie auch immer sind, doch unvergleichlich geringer sind.

Das ist aber auch der bedenkliche Grund, aus dem die sozialdemokratischen Genossen in Deutschland, als sie erfahren, daß man in Frankreich und in anderen Gruppen der Internationale die Einheitsfront mit den Kommunisten gebildet hatte, ihre Auslandsführer beschworen, diesem Beispiel nicht zu folgen. Tatsächlich fürchten sie, daß eine Zusammenarbeit mit den deutschen Kommunisten ihre Reihen verenden und in kurzer Frist ihre gesunde und einheitsliche Organisation zerbrechen würde.

Nichtig ist, daß die Diktaturregierung in ihren amtlichen Berichten über die Propaganda ihrer Gegner, über Verhaftungen, über Berurteilungen durch die Sondergerichte vor allem die Kommunisten erwähnt. Sie tut dies aus taktischen und propogandistischen Gründen. Denn sie hat alles Interesse daran, dem deutschen Volke und der internationalen Meinung den Glauben zu lassen, daß nur noch die Kommunisten ernsthaft gegen das braune System kämpfen, weil sie den Grund hervorrufen will, daß im Falle des Sturzes des Naziregimes die bolschewistische Revolution die einzige Möglichkeit wäre. Aus dieser Zweideutigkeit schöpft sie heute einen großen Teil ihrer Kraft.

**Inseratenannahme**  
FÜR STRASBOURG

**Librairie Populaire**  
2, RUE SEDILLOT 2  
HINTER DER BORSE

**Paris**

**Jungesellen-Wohnung**

mit Bad und Küche möbl., zu vermieten. Heizung, Warmwasser, Telefon  
7, Aven. du Colonel Bonnet Passy

wieder eine Arbeitsstelle in einem Pariser Vorort zu finden. Sie wollte nun ihr Kind einer Krippe anvertrauen. Glücklicherweise, nach der langen Arbeitslosigkeit wieder arbeiten zu können, beschloß das junge Mädchen, dieses Ereignis zu feiern. Sie suchte zu dem Zweck ein Café in der Nähe ihrer Wohnung auf, wo sie die Bekanntschaft einer etwa fünfundzwanzigjährigen Frau machte, der sie gutmütig und gutgläubig bei sich Nachtquartier anbot. Die Frau nannte Frühlein Maine nur ihren Vornamen Madelaine und sie erbot sich auch, den kleinen Raymond so lange zu betreuen, bis seine Unterbringung im Kinderheim möglich war. Gern nahm die junge Mutter den Vorschlag an und sie eilte sorglos zu ihrer Arbeitsstätte in Vitry. Groß war nun ihr Entsetzen, als sie am Freitag abend nach getaner Arbeit nach Hause zurückkehrte und Madeleine mit dem Kinde verschwunden war. Es ist der Polizei bis heute noch nicht gelungen, die Kindesentführerin und den kleinen Knaben zu entdecken.

**Deutscher Klub**

Am Samstag, dem 15. September, um 21 Uhr, ist Balzar im Deutschen Klub, der berühmte Karten- und Billardhall-Manipulator, der seinen äußerst lustigen Sketch „Der Triumph des Lachens“ vorführt. Anschließend: Geselliges Beisammensein mit Tanz, Zeitungslektüre, Schachspiele. — Eintritt für Mitglieder frei, Gäste sehr gerne willkommen. Gastkarten zu 5 und 10 Franken an der Abendkasse. — Am Mittwoch, dem 19. September, um 21 Uhr, spricht Prinz Karl Max zu Hohenzollern-Langenburg, der freiwillig aus Solidaritätsgründen mit den Emigranten in die Verbannung ging, über „Die Aussichten der Emigration — Gleichschaltung oder Einschaltung?“ Gäste willkommen. Gastkarten zu 5 und 2 Fr. am Mittwoch am Saaleingang. —

Für den Gesamthalt verantwortlich: Johann Pich in Dudenweiler; für Inserate: Otto Kuban in Saarbrücken. Anstaltsdruck und Verlag: Verlag der Volksstimme GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 2. — Schließhof 76 Saarbrücken.

## Pariser Berichte Herriot und die Ausländer

Paris, 12. Sept. Der radikalsozialistische Parteiführer Edouard Herriot, Minister im Kabinett Doumergue und Bürgermeister von Lyon, hat, wie der „Matin“ berichtet, bedeutsame Erklärungen zur Frage der Ausländer in Frankreich abgegeben.

In Lyon beträgt die Zahl der Arbeitslosen 5500, 35.000 Ausländer leben dort. Herriot führte wörtlich aus: „Sie werden mir glauben, daß ich kein nationalistischer Politiker bin, aber ich zögere nicht, zu erklären, daß Frankreich nicht mehr gleichzeitig seine Volksgenossen und die ausländischen Arbeiter ernähren kann, die es einst in einer Zeit nach dem Kriege ins Land holte. Das muß der gesunde Menschenverstand sich selbst sagen. Unter den 35.000 Ausländern in Lyon sind sicherlich die Hälfte Gehaltsempfänger und Arbeiter. Geht es denn an sie zu beschäftigen, wenn 5500 Franzosen arbeitslos sind? Ist es denn verständlich, daß ein Land nicht seine eigenen Volksgenossen ernährt, aber Landfremden Nahrung gibt?“

**Eine Kindesentführung**  
Ein seltsamer Fall von Kindesentführung hat sich Freitag abend ereignet. In einem kleinen Hotel in der Rue Donnat lebte die siebzehnjährige Raymonde Maine, eine arbeitslose Wäscherin. Das junge Mädchen war die Mutter eines neun Monate alten Knaben Raymond Anatole. Nach unendlichen Mühen war es am 5. September der jungen Mutter gelungen,

2. Auflage soeben erschienen!

# Hitler rast

Von KLAUS BREDOW

Fragen Sie in den Kiosken und Buchhandlungen nach. Falls die Broschüre am Ort nicht zu haben ist, liefert die Buchhandlung der „Volksstimme“, Saarbrücken, Bahnhofstraße 32, gegen Voreinsendung von 3,90 französischen Franken auf das Postscheckkonto Saarbrücken Nr. 619 Verlag der „Volksstimme“, Saarbrücken